

50 Jahre
Jugendbildungsstätte
Kurt Löwenstein



Bildung & Begegnung

50 Jahre Bildungsarbeit in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein bedeutet unzählbar viele Aktivitäten, wichtige und spannende Auseinandersetzungen und vielfältige Prozesse in Gang gesetzt zu haben, bedeutet, (Ein-)Blicke in die Vergangenheit und vor allem auch in die Zukunft zu richten.

Wir sind stolz auf das Erreichte, wir haben viel bewegt - viele Mitarbeitende seit dem Jahr 1975, viele ehrenamtliche Vereins- und Vorstandsmitglieder, viele Falken, viele Honorarteamende, viele Unterstützer*innen, Kooperationspartner*innen, Gäste und vor allem viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Teilnehmende der Veranstaltungen, die uns immer wieder vor Herausforderungen gestellt haben, die mit uns diskutiert, gestritten, debattiert, produziert, unsere Arbeit und auch die Gesellschaft in Frage gestellt haben etc.. Mit ihnen sind wir gewachsen, 50 Jahre lang.

In dieser Broschüre wollen wir Einblicke geben in das, was sich in 50 Jahre entwickelt hat - ohne Anspruch auf Vollständigkeit und umfassende Berichte. Wir haben uns durch Geschichte, Praxis, Konzepte der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein gearbeitet, um den Weg von Spandau nach Werneuchen nachvollziehbarer zu machen. Was hat sich verändert, erweitert, aus welchen Wurzeln heraus und zu welcher Zukunft hin? Wir geben Einblicke in Texte von damals (daher evtl. teilweise ein veraltetes Wording, keine gegenderten Termini etc.) in Veranstaltungen, die unvergessen sind, in Bereiche, die uns auch nach 50 Jahren, wenn auch in anderem Blickwinkel, immer noch wichtig sind.

50 Jahre Emanzipatorische Bildungsarbeit - ein Grund zum Feiern? Mit Blick in die Vergangenheit: auf jeden Fall, mit Blick in die Zukunft: ebenfalls ja, auf jeden Fall. Gerade jetzt! Gerade jetzt in einer Zeit, in der versucht wird, die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, in der bestimmte politische Gruppierungen vermitteln, dass ein Zusammenleben auf Ausgrenzung, Hass schüren und auf Sündenbockzuweisungen basieren kann. Daher ist unsere Antwort: Jetzt erst recht! HALTUNG zeigen! -so steht es mit vollem Bewusstsein auf unserem Plakat am Haus.

Junge Menschen zum selbstständigen Denken und Handeln anzuregen, ihr Potenzial zu fördern und sie dabei zu unterstützen, sich eine eigene Meinung zu bilden, so begreifen wir unsere Bildungsarbeit. Wir wollen Menschen stärken und motivieren sich einzumischen und Haltung zu zeigen, wenn Menschen verhöhnt oder diskriminiert werden, sich ausgegrenzt oder gar bedroht fühlen.

Wir stehen für eine emanzipatorische Bildungsarbeit. Sie basiert auf der Achtung der Menschenrechte, bezieht sich positiv auf ein demokratisches Zusammenleben in Vielfalt und zeigt so Haltung. Unsere Bildungsarbeit begreift sich ganz im Sinne Löwensteins als Vorwegnahme der gesellschaftlichen Entwicklung, die wir anstreben: demokratisch, solidarisch und frei!

Herzlich willkommen in einer kleinen Zeitreise durch 50 Jahre Bildung und Begegnung in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein im Namen des gesamten Teams und Vorstands.

Christine Reich



Kurt Löwenstein

Die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein ist nach dem sozialdemokratischen Kultur- und Bildungspolitiker Kurt Löwenstein benannt, dem wichtigsten Theoretiker, Mentor und Vorsitzenden der deutschen Kinderfreunde in der Weimarer Republik. Die Erfolgsgeschichte der Kinderfreunde ist legendär. Erst 1924 gegründet, ist sie 1930 mit 200.000 Mitgliedern, 10.000 Helfer*innen und über 1.000 Ortsgruppen die größte freie Kinderorganisation weltweit. Nur die sowjetische staatliche Pionierorganisation war größer.

Löwenstein war wesentlich durch seine Erfahrungen während des 1. Weltkriegs geprägt. Da er keine Waffe tragen wollte, erfuhr er als Sanitätssoldat die Brutalität des Kriegs unmittelbar. Er wird zum freiheitlichen Sozialisten. Als führender Bildungspolitiker der USPD stammt deren Schulprogramm wesentlich aus seiner Feder. Es war der Versuch radikal mit dem obrigkeitstaatlichen Bildungswesens des Kaiserreichs zu brechen. Bildung sollte auch nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Konkret setzte er sich als Bildungsstadtrat in Berlin-Neukölln ab 1921 dafür ein, jene Reformen zu verwirklichen, für die es auf Reichsebene keine politische Mehrheit gab: die Einführung von Gemeinschaftsschulen, Arbeiterabiturientenkurse und die Abkehr vom traditio-

nellen Unterricht zugunsten einer produktiven, demokratischen Schulgemeinschaft.

1933 verübte die SA wenige Tage nach der Machtübergabe einen Überfall auf seine Wohnung. Nur die stabile Schlafzimmertür rettet seine Familie und ihn. Danach gehen die Löwensteins ins Exil, wo Kurt schließlich am 08. Mai 1939 in Paris stirbt.

Ausgangspunkt für Löwensteins pädagogischer Konzeption ist die Situation der Kinder in den proletarischen Familien. Heute würde man sagen, es geht um diejenigen, welche in intersektionaler Perspektive mehrfach benachteiligt/unterdrückt sind, aufgrund der sozialen Lage der Familien, aufgrund der autoritären Familienstrukturen und einem wirklich harten Adultismus. Dementsprechend hat Löwenstein den Auftrag der Kinderfreunde immer auch in der Elternarbeit gesehen. Wie er und seine Frau Mara sich eine demokratische – heute würde man sagen Aushandlungs-Familie vorgestellt haben, wird in dem von ihnen geschlossenen Ehevertrag deutlich.

Wie sehr Löwenstein es wichtig war, die konkrete Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen und

deren Erfahrungen und Interessen zum Ausgangspunkt seines politisch-pädagogischen Handelns zu machen, wurde vor einigen Jahren deutlich, als sich im Büro des Bildungsstadtrats Neukölln ein altes handschriftlich redigiertes Manuskript von Löwenstein fand. Er hatte Anfang der 30er Jahre einen nicht mehr veröffentlichten Text erstellt, mit dem er die Situation der Jugendlichen in der Wirtschaftskrise reflektierte. Der Text ist nur noch ein Zeitdokument, aber es sagt viel über Löwenstein aus, dass er sich dafür die Zeit genommen hat.

In den Kindergruppen sollten die proletarischen Kinder Anerkennung und Selbstwirksamkeit erfahren. Statt zu ausgegrenzten Untertanen sollten sie sich zu selbstbewussten Staatsbürgern, zu aktiv handelnden politischen Subjekten, entwickeln können, die ihre eigene Geschichte selbst in die Hand nehmen. Dieses Konzept, welches sich in der Gruppenarbeit der Kinderfreunde widerspiegelte, wird 1927 durch das Konzept der Kinderrepubliken ergänzt und erweitert. Es ging dabei nicht (nur) um die Ausgestaltung eines vorgegebenen pädagogischen Rahmens, sondern um die Verantwortungs- und damit Machtabgabe an die Kinder, um selbst zu entscheiden, wie die sich real stellende Herausforderungen bewältigt werden können.

Die Vorstellung, dass Sozialismus nicht nur eine Zukunftsaufgabe ist, sondern bereits im Hier und Heute gelebt werden muss, kennzeichnet die sozialdemokratische Arbeiterjugendbewegung seit dem Arbeiterjugendtag 1919 in Weimar. Für Löwenstein ist Antizipation eng mit der gesellschaftspolitischen Forderung der Demokratisierung verbunden. Die Kinder und Jugendlichen auf die zu erwartende Zukunft vorzubereiten und ihnen die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln, ein demokratisch-sozialistisches Gemeinwesen auch gestalten zu können. Darin sah er – gerade nach der bitteren Erfahrung des Ersten Weltkrieges – eine der wichtigsten Aufgaben der Kinderfreunde.

Antizipation ist keine Utopie, kein „Nicht-Ort“, sondern sie bezieht ihre Zielperspektive aus der Kritik des Bestehenden. Sie ist „bestimmte Negation“. Sie wendet sich folglich nicht von der gesellschaftlichen Wirklichkeit ab, ist keine Inselepädagogik, sondern ist „vor“gelebte Negation der bestehenden Verhältnisse und weist somit zugleich über diese hinaus. Antizipation, die Erfahrung, dass menschliches Zusammenleben auch anders gestaltet werden kann, ist eine ganz wichtige Voraussetzung für die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins und der Fähigkeit, sich nicht von den bestehenden Verhältnissen überwältigen zu lassen, sondern zu seinen Erkenntnissen und Überzeugungen zu stehen. Antizipation verbindet das Moment der Kritik und der Analyse mit der individuell persönlichen Erfahrung, und gerade dies macht die damit verbundenen Lernprozesse so intensiv und nachhaltig.





Arbeiter*innenjugend - Zielgruppe und Herausforderung

Bei ihrer Gründung definierte die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein „Arbeiterjugend“ als „die“ Zielgruppe ihrer außerschulischen Bildungsarbeit. Diese Orientierung war nicht nur dem politischen Selbstverständnis der Trägerin der Jugendbildungsstätte, der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, geschuldet. Es hing auch mit den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zusammen, welche die alte Bundesrepublik in den Jahren zuvor erfahren hatte und die eng mit den Lebensbedingungen der Arbeiterjugend verknüpft waren.

Positiv führten in den 1960er Jahren die hitzigen politischen Debatten um die „Bildungsmisere“ auch zu weitreichenden Reformen und Mindeststandards in der Berufsausbildung. Dies fand seinen gesetzlichen Ausdruck im August 1969 in/mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes. Dass es überhaupt zu diesem weitreichenden Bundesgesetz im Bildungsbereich kam, lag auch an der selbstorganisierten „Lehrlingsbewegung“. Sie entstand zeitlich parallel zur Studentenbewegung und forderte aktiv bessere Arbeits- und Lernbedingungen ein. Ein bundesweit gültiges Bildungsurlaubs-Gesetz zum lebenslangen Lernen kam dagegen nicht zustande, da sich vor allem die konservativ regierten Bundesländer gegen einen weiteren „Eingriff“ in ihre föderal garantierte Bildungshoheit wehrten. Darum brachte der sozialdemokratisch regierte West-Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus 1970 das „Gesetz zur Förderung der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen“ auf den Weg, das bis zu 10 Tage bezahlte Freistellung für Auszubildende vorsah, zuerst jedoch nur für die noch nicht volljährigen. 1975 erfolgte eine Ausweitung der Anspruchsberechtigten auf Jugendliche unter 25 Jahren.

Negativ hingegen wirkten sich der damalige Ausbildungsnotstand und die Wirtschaftskrise – Stichwort Ölkrise – auf die Lebensperspektiven der Arbeiterjugendlichen aus. 1975 überschritt die allgemeine Arbeitslosenquote die Millionengrenze – eine psychologische Zäsur. Das betraf besonders Jugendliche (unter 20 Jahren), also diejenigen, die erst noch den Schritt von der Schule in eine Berufsausbildung oder nach der Ausbildung in eine qualifizierte oder dauerhafte Berufstätigkeit machen wollten. Ihr prozentualer Anteil an der Arbeitslosigkeit lag etwa anderthalbmal höher als der der Erwachsenen. Nach Bildungsniveau waren wiederum diejenigen Jugendlichen, welche gar keinen oder nur einen Hauptschulabschluss besaßen, neunmal bzw. dreimal häufiger arbeitslos als Schulabsolvent*innen mittlerer oder höherer Schulformen. In diesem Zusammenhang muss zurück ins Gedächtnis gerufen werden, dass es in West-Berlin in jedem Jahr weniger Ausbildungsplätze als Schulabgänger*innen gab. Die geringsten Chancen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz hatten migrantische Jugendliche und Mädchen.

Quasi folgerichtig richtete die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein ihre Bildungsarbeit „spezifisch“ aus: Auf „Arbeiterjugendliche, für die in der bestehenden Gesellschaft noch immer die geringsten Chancen auf eine qualifizierte berufliche und gesellschaftliche Ausbildung bestehen“ (Spandauer Hefte 1 (1977), S. 2). Und da damals Jungen und Mädchen aus der Arbeiterschicht höchst selten Realschulen oder Gymnasien besuchten, sondern fast ausschließlich Hauptschulen, entwickelte die Jugendbildungsstätte konsequenterweise ihre Seminare für Hauptschüler*innen, Auszubildende und arbeitslose Jugendliche. Methodisch durchgeführt wurden diese fünftägigen Seminare in

produktorientierter Kleingruppenarbeit. Die dauerhafte Herausforderung ergab sich aus der „Abgetrenntheit der Bildungsarbeit von der Alltagsrealität der Jugendlichen“ (Spandauer Hefte 2 (1978), S.112). Das Dilemma, dass die Jugendbildungsstätte den Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz vermitteln konnte, ließ sich durch die Seminare nicht auflösen. „Ausbildungsnotstand und Arbeitslosigkeit der Jugend sind mittlerweile zur Alltagserscheinung geworden. Schüler und Jugendliche sind selbst meist über die Gefahr der Arbeitslosigkeit informiert: Verstärkte Resignation und Fluchtversuche, aber auch völlige Anpassung mit der Hoffnung auf einen individuellen Ausweg sind die Folgen“, hieß es im Jahr 1978 erschienenen Heft 2 der „Spandauer Hefte“ (Spandauer Hefte 2 (1978), S. 8). Als Zielsetzung der Jugendbildungsstätte sollte es daher:

1. „um die kognitive Aufarbeitung lebensgeschichtlicher Erfahrung gehen, an der einzelne Momente bewusst verdeutlicht werden sollen und ggf. neu interpretiert werden können, sowie
2. um die emotionale Stabilisierung einer eigenen sozialen Identität“ (ebenda, S. 71).

Die Erfahrungen aus den Seminaren mit den Arbeiterjugendlichen führte zur Einsicht in die Notwendigkeit einer kontinuierlichen weiterführenden „Nacharbeit“ im „Kiez“, also an dem Ort, an dem die

arbeitslosen Jugendlichen ihre Freizeit verbrachten. Diese müsste ausgehen von den „Primärbedürfnissen dieser Jugendlichen nach Solidarität und Kommunikation, sozialer Anerkennung, repressionsarmer, interessanter Freizeitgestaltung und befriedigenden sexuellen Beziehungen“, also „in einer handlungs- und projektorientierten Gruppenarbeit, die die technisch-praktischen Fähigkeiten der Jugendlichen berücksichtigt“ (Spandauer Hefte 2, S.166).

Daraus entstand in Schöneberg das Verbundprojekt stadtteilorientierte Jugendarbeit „Potse“, gemeinsam getragen von der Jugendbildungsstätte, SJD – Die Falken, der Riesengebirgs-Hauptschule (heute Gustav-Langenscheidt-Schule) und dem Falken-Freizeitheim in der Potsdamer Straße 180 – Ecke Pallasstraße. Hier konnte die produktorientierte Kurzzeit-Bildungsarbeit der Jugendbildungsstätte in längerfristige Bildungs- und Gruppenarbeit überführt werden. Die „Potse“ lag in einem sozialen Brennpunkt des Berliner Bezirks Schöneberg. In den Jahren 1978 bis 1986 erstellten die Jugendlichen in ihren teils mehrjährigen Projekten u.a. Theaterstücke, Super-8 und später Video-Filme, Zeitungen, Rockmusik und Tanz, organisierten Erkundungen und beteiligten sich an Stadtteil-, Kultur- und Mädchenfesten. Und sie kämpften gegenüber der „großen Politik“ für den Erhalt „ihrer“ Jugendeinrichtung.



Bildungsarbeit mit Schüler*innenvertreter*innen



Kinder und Jugendliche ermutigen, ihre eigenen Interessen, Ideen und Visionen in die Gesellschaft einzubringen und demokratisch zu handeln, ist das Ziel der Bildungsarbeit der JBS Kurt Löwenstein von Anfang an.

1981 - nachdem 400 Hauptschüler*innen durch Berlin zogen, um auf unzumutbare Zustände bezüglich der Toilettenanlagen an ihren Schulen zu demonstrieren (vgl. Zeitschrift Blickpunkt des LJR, Nr. 292 vom 16.5.1981) konzipierte das Team der Bildungsstätte fünftägige Seminare für Klassensprecher*innen. Hier ging es um Begriffe wie „Interessensgeleitetes Handeln“, „Schule als Betrieb“ (Arbeitszeit und -ort, Arbeitsmittel etc.) „Streik als Kampfmittel“ und die „Unzulänglichkeiten der Schulmitbestimmung“ (vgl. Spandauer Hefte, Uli Brenning/Helmer Trals, S. 78ff). Eine Gruppe Aktiver traf sich im Anschluss an die Projektwoche regelmäßig in dem Jugendtreff der Falken „Potse“ und entwickelte neue Ideen, nachdem Verhandlungen beim Baustadtrat Kunkel (CDU) gute Erfolge gebracht hatte: der dauerergründete Sportplatz wurde innerhalb von 6 Wochen fertiggestellt. Resümiert wurde „der Interessensansatz ist ein Handlungsansatz, er nimmt Schüler ernst.“ (ebenda S. 82)

Dies war der Startpunkt der Angebote der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein für Schülervertreter*innen, der auch nach dem Umzug

nach Werftpfuhl bis zum heutigen Tag weitergeführt wird. Kindern und Jugendlichen werden unterstützt, ihre Interessen zu erkennen und zu vertreten, sie erarbeiten Veränderungsvorschläge und Ihnen werden ihre Rechte und Aufgaben als Schüler*innenvertretung verdeutlicht. Dies ist Basisarbeit für gesellschaftliche Teilhabe. Gemeinsam herausfinden wie Interessen und Projektideen an ihrer Schule oder in deren Umfeld (im Kiez, Stadtteil, Landkreis) am besten entwickelt, vertreten und umgesetzt werden können. Zur heutigen Konzeption gehört es, den Lebensalltag an Schulen oder in anderen Institutionen zu analysieren, eigene Interessen zu klären, zu diskutieren und zu formulieren, um dann Projekte und Forderungen zu entwickeln und um schulübergreifende Vernetzung zu planen. Auf persönlicher Ebene sollen die Teilnehmenden Mitbestimmung als etwas Positives erleben und auf diese Weise Selbstwirksamkeit erfahren. Sie sollen ermutigt werden, sich selbstbewusst für die eigenen Interessen und Bedürfnisse und die ihrer Mitschüler*innen einzusetzen – gerade auch gegenüber Erwachsenen. Dabei wird deutlich, dass die Grundlage der Vertretung gemeinsamer Interessen kollektive und solidarische Aushandlungsprozesse innerhalb der Gruppe der Schüler*innen sind.

SV-Projektwochen dienen neben der Wissensvermittlung über Mitbestimmungsmöglichkeiten auch der Klärung

der Rolle der Klassensprecher*innen, der rechtlichen (Mitbestimmungs-)Möglichkeiten nach dem jeweiligen Schulgesetz und der Auseinandersetzung mit Gremienarbeit. Zudem steht eine Zukunftswerkstatt auf dem Programm, um in einer Kritikphase Ärgernisse und Missstände im jeweiligen Umfeld der Teilnehmenden zu benennen, um diese anschließend in der Utopiephase positiv zu wenden. Die Themenfindungsprozesse sind in der Regel sehr konstruktiv und erfolgreich.

Kinder und Jugendliche entwickeln Vorstellungen von einem idealtypischen Umfeld und präsentieren zumeist in kleinen Szenarien/Produkten ihre Vorstellungen. Die jeweiligen Kritikpunkte und Wunschvorstellungen werden dokumentiert und durch die Teilnehmenden priorisiert, um dann darauf aufbauend in der anschließenden Realisierungsphase in Projektgruppen konkrete Pläne zu erarbeiten, wie Missstände beseitigt und Wunschvorstellungen umgesetzt werden können. Dabei werden Zeit- und Maßnahmenpläne erarbeitet, weitere Stakeholder*innen für die Umsetzung benannt, Verbündete definiert, aber auch mögliche Barrieren in der Umsetzung identifiziert. Diese Projektpläne werden am Abschlussstag des Seminars möglichen Entscheidungsträger*innen wie z.B. Schulleitungen oder weiteren Verantwortlichen präsentiert und eine Auseinandersetzung über eine mögliche Umsetzung geführt. Die Kinder und Jugendliche bestimmen ihren Prozess, ihre Themen, ihr Format der Präsentation und den Weg der Auseinandersetzung selbst.

Demokratie gilt es als etwas Erleb- und Gestaltbares mit konkreter Beteiligung kennenzulernen. Der Wert demokratischer Aushandlungsprozesse wird deutlich. Ebenso setzen sie sich mit zentralen demokratischen Prinzipien auseinander. So kommt es zum Beispiel auch zu Diskussionen, warum es nicht nur darum gehen kann, dass sich Mehrheiten durchsetzen, sondern zugleich auch Minderheiten Berücksichtigung finden müssen. Viele konstruktive Vorhaben wie Initiierte AGs und Projekte wurden von Kindern und Jugendlichen umgesetzt; seien es „Kummerbriefkästen“ oder Aktivitäten, um die eigene Schule zu einer „Schule ohne Rassismus“ zu machen, die Forderung nach kostenfreien ÖPNV-Tickets und Freizeitangeboten, nach verbesserten Abläufen rund um die Logistik der Schulbusse, die viele Kinder vor Herausforderungen stellt, die Aufstellung von Wasserspender oder oder oder – wir motivieren und unterstützen junge Menschen, die sich in die Gesellschaft einbringen wollen, sei das an ihrer eigenen Schule, in Jugendeinrichtungen und oder vor Ort. Partizipation braucht eine Verbindlichkeit, sie ist keine „Spielwiese der Demokratie“, sondern ernsthafter Prozess der Mitgestaltung. Dies erfordert die strukturelle Verankerung von Beteiligung als Regelsystem. Damit

sind aber die schulischen Rahmenbedingungen insgesamt herausgefordert.

Beteiligung ist nichts Statisches. Formate der Mitbestimmung und Mitwirkung müssen immer wieder neu entwickelt werden, um auf Veränderungen reagieren zu können. Zudem ist es der Anspruch, nicht nur Schülersprecher*innen zu erreichen, sondern Kinder und Jugendliche insgesamt. Die Projekte „Es ist deine Kampagne“ (2015-2019) und „Interessiert's dich?“ (2019-2024) widmeten sich als jeweils fünfjährige Modellprojekte der Mitbestimmung und Teilhabe. Sie suchten nach neuen jugendgerechten Formaten und nahmen ganz bewusst auch schwierige, demokratiefeindliche Tendenzen ins Visier. Die Projekte gaben Jugendliche die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und ihre Form der Artikulation in gesellschaftliche Debatten einzubringen. Wir luden bewusst diejenigen ein, die eine ausgeprägte Skepsis gegenüber institutionalisierten gesellschaftlichen Teilhabeprozessen haben, um zu erproben, mit welchen Ansätzen und Formaten die Zielgruppe die Forderung nach politischer Teilhabe artikulieren kann. „Wie lässt sich eine positive und offene Haltung gegenüber demokratischen Aushandlungsprozessen fördern?“, „Mit welchen Formaten können sich Jugendliche für eine demokratische Alltagskultur in ihrem Umfeld und Sozialraum einsetzen?“

Kinder und Jugendliche erarbeiteten für sich Wege, wie sie ihre Interessen vertreten können, ohne sich zwangsläufig traditionelle Strukturen und Entscheidungswege der Politik zu eigen machen zu müssen. Stattdessen probierten sie kreative Formen der Interessensformulierung und -vertretung aus.

Kreative Formen der Interessensformulierung und -vertretung zu erproben, ist zentral, um eigene Ansichten und Bedürfnisse nach außen kommunizieren zu können. Digitalisierung kann dazu beitragen, die Zugangshürden zur gesellschaftlichen Teilhabe zu reduzieren. Es ist niedrighochschwelliger, via digitaler Medien und digitaler Kommunikation Interessen öffentlich mitzuteilen, als an einen Ort zu fahren und dort vorstellig zu werden. Kinder und Jugendliche können digitale Medien als Produzent*innen nutzen. Zentral dabei ist, selbst aktiv und kreativ zu sein und nicht nur zu konsumieren, sondern zu produzieren und dadurch eigene Ansichten zu artikulieren. Voraussetzung dafür ist ein kompetenter und reflektierter Umgang mit digitalen Medien. Um Teilhabe erfahren zu können, braucht es insbesondere Freiräume, die Kinder und Jugendliche gestalten können. Es ist nichts frustrierender für junge Menschen, als großartige Ideen zu haben, die sie dann aber nicht einbringen können.



Von Spandau nach Werftpfuhl – Politische Jugendbildung in den 80er und 90er Jahren

Ziel der politischen Bildungsarbeit

Bis Ende der 80er Jahre entwickelte sich ein spezifisches Profil der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, welches sich aus der bildungspolitischen Tradition der SJD – Die Falken und auch verschiedenen Konzepten der politischen Jugendbildung und der Gemeinwesenarbeit entwickelte. Diese ausgefeilte und praxiserprobte Konzeption der Bildungsarbeit lässt sich stichpunktartig so skizzieren:

Zielgruppe waren vor allem „Arbeiterjugendliche“ entsprechend dem damaligen Verständnis, Jugendliche, die Hauptschüler*innen, Auszubildende oder auch arbeitslos sind und die von außerschulischer politischer Bildung nur schwer erreicht werden. Ein Zugang zu Ihnen wurde über langjährige Kooperationen mit Schulen, Projektträgern und Oberstufenzentren geschaffen. So war eine gewisse Kontinuität in der Ansprache gewährleistet. Die Erfahrungen, das Wissen und die Interessen der Teilnehmenden waren Ausgangspunkt der Lernprozesse. Damit sollte radikal mit den bisherigen Lernerfahrungen der Teilnehmenden gebrochen werden. Ziel war auch immer die Herstellung von Handlungsfähigkeit. Die Produktorientierung der Bildungsarbeit sollte diese erfahrbar machen: „Wir entwickeln gemeinsam (politische) Aussagen und stellen diese der (Seminar-)

Öffentlichkeit vor“. Weitere wichtige Merkmale der Bildungskonzeption waren die geschlechtsspezifische Herangehensweise, die unterschiedliche Sozialisationshintergründe berücksichtigt und die interkulturelle Bildung im Sinne des gegenseitigen Kennen- und Verstehenlernens.

Aufgrund eines Sonderprojekts wurde es über mehrere Jahre möglich, in enger Kooperation mit der SJD - Die Falken und seinem Jugendzentrum „Potse“ ein Verbundprojekt im Stadtteil zu etablieren. Ziel war es, den Kontakt zu den Seminarteilnehmenden aufrecht zu erhalten, um so im Anschluss an die Seminare weiterzuarbeiten. Diese Bildungsangebote wurden von zwei bis fünf Bildungsreferent*innen (je nach Zahl der zusätzlichen ABM-geförderten Stellen) und einem Team von rund 15 Honorarmitarbeitenden entwickelt und durchgeführt.

Erste Kontakte nach Ostberlin und Brandenburg

Ende 1989, Anfang 1990 gab es bei der SJD - Die Falken unterschiedliche Einschätzungen über den möglichen Entwicklungsweg der DDR. Dementsprechend war auch die Frage der Wiedegründung der Falken auf dem Gebiet der DDR umstritten. Doch sehr schnell



wurde deutlich, dass es keine Chance für einen eigenständigen Entwicklungsweg gab, dass die DDR zum Beitrittsgebiet wird und es damit auch keine Perspektive für die durch den Zerfall der FDJ entstandenen neuen eigenständigen freiheitlich-sozialistischen Jugendverbände gab. Als Konsequenz wurden in Ostberlin und den fünf neuen Bundesländern Landesverbände der SJD gegründet und in Ostberlin ein Ostbüro des Bundesverbandes eingerichtet, das diesen Prozess unterstützen und koordinieren sollte.

Die Jugendbildungsstätte versuchte unmittelbar nach der Maueröffnung erste Kontakte zu Ostberliner POS (Polytechnische Oberschulen) und zu den dann entstehenden ersten Hauptschulen aufzunehmen, um mit ihnen Begegnungsseminare mit Westberliner*innen durchzuführen. Am Anfang war die Neugierde der Teilnehmenden aufeinander groß, die Bereitschaft sich auf das Ungewohnte und Neue einzulassen hoch. Die Ostberliner Schüler*innen begannen die tradierte Rolle der Lehrkräfte in Frage zu stellen und empfanden die Angebote der Bildungsstätte als große Bereicherung. Die anfängliche Neugierde ließ wegen der zunehmend negativen Erfahrungen mit der Vereinigung nach. So beklagten junge Ostberliner Jugendlichen schon bald einen Verlust an Solidarität. Schulseminare fanden auch mit Brandenburger Teilnehmenden statt, Bildungsurlaubsseminare waren aufgrund der noch fehlenden gesetzlichen Grundlage nicht möglich.

Brüche und Veränderungen

Ein Bruch war spätestens mit den Übergriffen von Hoyerswerda zu verzeichnen, Misstrauen und Vorurteile nahmen zu. Die Bildungsteams sahen sich mit ganz neuen Formen von offen rechtsextremen und rassistischen Einstellungen konfrontiert. Äußerungen von Vorurteilen, Ressentiments und Ängsten der Teilnehmenden waren in der Vergangenheit bewusst zugelassen worden, um diese im Rahmen eines „interkulturellen Austauschs“ gemeinsam bearbeiten zu können. Durch die neue Qualität von Hass und Gewalt, die geäußert wurde, war dies so nicht mehr möglich. „Interkulturel-

ler Bildung“, die den Willen zur Verständigung und zur Überwindung von Grenzen voraussetzt, war die Grundlage entzogen. Gewalt – insbesondere auch strukturelle – wurde zu einem wichtigen Seminarthema. Zugleich wurde nach Möglichkeiten gesucht, einen Rassismus, „der ohne Ausländer auskommt“, in Form von Wochenseminaren bearbeiten zu können.

Eine zweite Veränderung in der Konzeption bestand darin, dass mehr Augenmerk auf die Betonung von Individualität, persönlicher Freiheit und Autonomie gelegt wurde, während zuvor Solidarität und kollektive Interessensvertretung besonders im Mittelpunkt gestanden hatten.

Schon ab 1990/91 wurde versucht, der geänderten europapolitischen Situation Rechnung zu tragen, und eine erste deutsch-polnische Schulbegegnung mit einem Partner in Warschau durchgeführt. Weitere Begegnungen mit den baltischen Staaten mit offenem Austauschcharakter folgten gleich Anfang der 90er Jahre. Diese unterschieden sich alle deutlich von den eher offiziellen Jugendaustauschveranstaltungen vor 1989 die regelmäßig mit Partner*innen aus der Sowjetunion, Tschechoslowakei und DDR stattgefunden hatten.

Neue Aufgaben und neues Domizil

Noch im Jahr 1990 entwickelte sich eine Diskussion bei der SJD und im Verein der Jugendbildungsstätte, die Einrichtung mit erweiterter Konzeption an einem neuen Standort fortzuführen. Eine ganze Reihe von Gründen sprachen für eine solche Entwicklung. Das alte Haus, das kein Eigentum des Vereins war, sollte Wohnungsneubauten weichen, eine Kündigung des Mietvertrages lag bereits vor. Außerdem wollte der Bundesverband der Falken eine zweite Bundesbildungsstätte in den neuen Bundesländern und in der Nähe Berlins aufbauen. Es bot sich an, hier die bereits vorhandenen Ressourcen der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein zu nutzen. Die damals diskutierte Länderfusion Berlin-Brandenburg legte es nahe, die neu gegründeten Brandenburger Falken einzubeziehen, zumal nicht zu erwarten war, dass man innerhalb der Stadtgrenze Berlins ein geeig-

netes Objekt finden könnte, und so ohnehin von einem zukünftigen Brandenburger Standort auszugehen war. Zudem unterstützte die Bildungsstätte den Aufbau des Jugendverbands in Brandenburg durch verschiedene Projektangebote wie zum Beispiel die Erstellung einer Ausstellung zum Thema Rechtsextremismus, eine Theatergruppe, Wochenendseminare etc.

Vor allem ließen es die Entwicklungen in Osteuropa sinnvoll erscheinen, die sich dort gründenden demokratisch-sozialistischen Jugendverbände mit in den Blick zu nehmen und eine neue Aufgabe in dem Austausch und der Unterstützung dieser Organisationen zu sehen. Schließlich spielten die Überlegungen eine Rolle, langfristig den Bestand der Einrichtung dadurch zu sichern, dass sie durch die Erweiterung künftig auf mehreren Standbeinen stehen kann. Anfang der 90er Jahre veränderte sich die Zuschusssituation in Berlin grundlegend, Projektmittel wie z.B. aus dem Sonderprogramm der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt wurden zunehmend wichtiger zur Absicherung der eigenen Arbeit.

Bei der Realisierung der Planung mussten etliche Hürden überwunden werden: Ein neues Haus zu finden und umzubauen erwies sich als echte Odyssee, erst Anfang 2000 waren dann die letzten Umbauarbeiten in Werftpfuhl beendet, ein Nutzungsvertrag mit der Senatsverwaltung Berlin abgeschlossen und das neue Domizil mit 110 Betten bezogen. Vereinsintern war eine

grundlegende Satzungsänderung zu bewältigen und die schwierige Frage zu klären, welche Auswirkung neue Schwerpunktsetzungen auf die Weiterführung der bisherigen Arbeit haben würden.

Bildung und Begegnung – die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein Ende der 90er Jahre

Auf den ersten Blick war die Bildungsarbeit der Einrichtung von hoher Kontinuität geprägt. Weiterhin wurde versucht, die Zielgruppe der ausgegrenzten Jugendlichen zu erreichen: Hauptschüler*innen, Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder in Ausbildungsprojekten mit ungesicherter Zukunftsperspektive. Ziel war es weiterhin, einen Ort zur Selbstreflexion und zur Erprobung von Handlungsfähigkeit zu bieten. Entsprechend wurde mit biographischen, produkt- und prozessorientierten Methoden gearbeitet, standen geschlechtsbezogene und erfahrungsnahe Herangehensweisen im Mittelpunkt. Die Kleingruppen während der Wochenendseminare wurden von einem Team von Bildungsreferenten und Honorarmitarbeitenden betreut.

Genauer betrachtet waren grundlegende Veränderungen bei den Rahmenbedingungen und im Selbstverständnis der Arbeit festzustellen, von denen einige zentrale benannt werden sollen.



Antirassismus: Eine völlige Neubestimmung war im Bereich der Antirassismuserbeit notwendig. Die veränderten Rahmenbedingungen mit zunehmend offen und aggressiv geäußerten Ressentiments und Anfeindungen und eine erhöhte Gewaltbereitschaft machten eine gründliche Überprüfung der eigenen Praxis erforderlich. Dabei wurde auch die Gefahr reflektiert, selbst rassistische Stereotype, Ausgrenzungsmechanismen und Formen gesellschaftlicher Herrschaft zu reproduzieren. Nicht mehr die Vorurteile wurden in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt, sondern die gesellschaftlich bestimmten Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung. Durch diese Herangehensweise waren nicht mehr die Teilnehmenden und ihre „Bilder im Kopf“ das Problem, sondern die gesellschaftlichen Strukturen, die zu Diskriminierung und Ausgrenzung führen und somit zur Entstehung der Bilder im Kopf beitragen. Als Handlungsperspektive eröffneten sich so eine Reihe von Fragen: Wo werde ich selbst ausgegrenzt? Wo grenze ich andere aus? Wem nützt ein solches System der Herrschaft? Was kann ich selbst tun, um die Reproduktion des Systems zu durchbrechen? Es handelte sich hierbei weniger um ein eigenes Seminarthema als vielmehr um einen Bildungsansatz, der bei allen Seminaren relevant war.

Zugleich wurden die Begegnungsseminare fortgeführt. Die Hürden, die dabei zu überwinden waren, hatten aber zugenommen. Übergriffe auf Berliner Schulklassen in Brandenburg in den 90er Jahre hatten die Verunsicherung der Teilnehmer verstärkt. Begegnung und Verständigung war möglich, bedurfte aber einer intensiven Vorbereitung, damit sie gelingen konnte. Neue Aspekte - wie Stadt/Land, Geschlechtsspezifika - wurden verstärkt in die Konzeption einbezogen.

Jugend als Problem - Jugend als Zukunft?

Die öffentliche Wahrnehmung von Jugend hatte sich in den 90er Jahren deutlich verändert: Jugendliche wurden zunehmend über ihre Probleme definiert. Sie schienen selbst zu einem gesellschaftlichen Problem geworden zu sein. Dies hatte Auswirkungen auf die Selbstverortung bei den Jugendlichen. Nicht mehr die eigenen Wünsche, Bedürfnisse, Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten standen im Mittelpunkt der Wahrnehmung, sondern Defizite, Probleme, Leistungserwartungen und Versagensängste. Eine politische Jugendbildung, die sich ganz bewusst auf die Teilnehmenden einlässt, deren Erfahrungen und Interessen zum Ausgangspunkt macht, stand vor neuen Herausforderungen: Was heißt dann Stärkung der Individualität und der persönlichen Autonomie? Wo kann kollektive Interessensvertretung noch ansetzen? Welchen Bezug

haben die Teilnehmenden zur Gesellschaftspolitik? Selbstverständlich galt dieser Befund nicht für alle Jugendlichen, aber als Tendenz war er gerade bei den Zielgruppen der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein deutlich zu merken.

Internationale Bildung und Begegnung: Der Aufbau dieses Arbeitsbereichs in enger Kooperation mit Partnerorganisationen von IUSY und IFM aus ganz Europa und Nahost hat der Bildungsstätte eine ganz neue internationale Ausrichtung gegeben und wird an einer anderen Stelle in diesem Heft mit einem eigenen Beitrag näher beleuchtet.

Wanderungsprozesse und Konfliktvermittlung: Bereits in den 90er Jahren zeichneten sich Prozesse ab, die heute völlig verkürzt als „Migrationsproblem“ verhandelt werden. Wanderungen zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land, und zwar jeweils in beide Richtungen, aber auch Wanderungsprozesse innerhalb Europas, deren Zunahme mit der bevorstehenden EU-Osteuropa zu erwarten war, nahmen an Bedeutung zu. Trotz der massiven Einschränkung des Rechts auf Asyl 1993 stand die internationale Fluchtzuwanderung noch weniger im Fokus der Debatte. Erst mit Ende der Kanzlerschaft von Helmut Kohl, hat Deutschland sich mit der rot-grünen Bundesregierung auch offiziell als Einwanderungsland verstanden. Für die Arbeit der Bildungsstätte bedeutete dies, sich mit Konzepten der Konfliktvermittlung und der Mediation auseinander zu setzen, Seminarkonzepte zur Teamentwicklung und zur Konfliktbearbeitung entstanden. Es dauerte mehrere Jahre bis für ein Modellprojekt zum „Einwanderungsland Deutschland“ eine Finanzierung sichergestellt werden konnte. Dessen Umsetzung erfolgte aber erst zu Beginn der 2000er Jahre.

Kontinuierliche Arbeit braucht dauerhafte Förderung. Die Förderbedingungen der Jugendbildungsstätte hatten sich in den zwei Jahrzehnten zwischen 1980 und 2000 deutlich verändert. Während Anfang der 90er Jahre noch rund 60% der Gesamteinnahmen aus der Grundförderung des Senats Berlin bestritten wurden, trugen diese am Anfang der 2000er Jahre nur noch 30 Prozent zur Finanzierung der Bildungsstätte bei. Der Rest musste entweder aus Vermietungen erwirtschaftet oder als Projektmittel meist jährlich neu eingeworben werden. Dies bindet bis heute erhebliche Arbeitskapazitäten und schafft große Unsicherheiten für die längerfristig angelegte Arbeit der Bildungsstätte.

Medienpädagogik: Von analogen Anfängen bis zu digitalen Medien

Ende der Neunziger standen wir als Gesellschaft am Beginn eines rasanten digitalen Wandels und mit der Zuweisung einer Stelle für „Neue Medien“ sollte sich auch die Medienpädagogik der Jugendbildungsstätte ändern. Die Geschichte „Bildungsarbeit mit Medien“ im Verein begann schon früher: mit Theaterstücken, erweitert mit schwarzem Theater, Super-8 und später Videofilmen, Zeitungen, Rockmusik, Tanz, Skulpturenbau und Fotografie. Diese analogen Medien waren damals vor allem Ergebnisumsetzungen und didaktisches Stilmittel in unserer Bildungsarbeit, Spaß stand dabei im Vordergrund.

Schon in dieser vor-digitalen Zeit verfolgten wir ein Konzept des selbstgesteuerten, praxisbezogenen Lernens. Die Produktion eigener Medieninhalte förderte Prozesse der Beteiligung, des Aushandelns, der Teamarbeit, Kooperation und Kommunikation. Durch die Präsentation der Ergebnisse erlebten die Teilnehmenden ein Gefühl des Erfolgs und der Sichtbarkeit. Die Wirkung der „eigenen Aussage“ auf andere, das „Vertreten müssen von Positionen“, das Umgehen mit Kritik – all dies waren wichtige Lernprozesse, die mit dem Erlernen konkreter Techniken (Fotografie, Filmentwicklung, Videoschnitt etc.) einhergingen.

1997 markierte mit der Zuweisung einer Stelle im Jugendbildungsreferent*innenprogramm des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten den Beginn eines neuen Medienzeitalters in unserer Einrichtung. Der Themenschwerpunkt „Medienentwicklung und die Konsequenzen für die politische Jugendbildung“ wurde etabliert. Mit einem eigenen Modellprojekt „Multimedia Zeitung Mol-o-Ton News und Infos für Jugendliche aus dem Märkisch Oderland“ erkundeten wir, welche Auswirkungen das aufkommende Internet haben könnte.

Die Produktion digitaler Beiträge über HTML-Programmierung stand im Mittelpunkt. Es ging vor allem darum, Inhalte zu digitalisieren und zu verstehen, welche Veränderungen das World Wide Web mit sich bringen wird. ohne dass wir damals schon die Tragweite hätten erahnen können. Handys begannen gerade erst, Verbreitung zu finden, waren aber unter Jugendlichen noch kaum verbreitet. Von sozialen Medien oder „Web 2.0“ war noch keine Rede.

Mit „(Inter)Aktiv für Leben, Arbeit und Politik“ begann 2005 eine weitere Laufzeit. Das auf sechs Jahre angelegte Projekt zielte darauf ab, die Potenziale des Einsatzes von Medien in der politischen Bildung zu erproben und für unsere Bildungsarbeit produktiv nutzbar zu machen.

Im Fokus standen die Förderung von Medienkompetenz, die Stärkung der Kommunikationskompetenz und Handlungsfähigkeit sowie die Entwicklung von Fähigkeiten und Kenntnissen zur Interessenvertretung im Netz. Besonders Auszubildende sollten ermutigt werden, für ihre Rechte im Betrieb einzutreten. Zudem war transkulturelle Kompetenz ein wichtiges Ziel, um den Herausforderungen in einem zusammenwachsenden Europa zu begegnen.

Ein zentraler Bestandteil dieses Projekts war die Entwicklung eines Internetportals von und für Azubis, einschließlich einer Online-Radio-Community. Die Webpräsenz ermöglichte den Teilnehmenden, auch nach dem Seminar auf Ergebnisse zuzugreifen, schuf Kontinuität und Identifikation mit den Inhalten der politischen Bildung.

Die Jugendlichen setzten sich damit auseinander, welche Bedeutung Medien in ihrem Alltag spielen, welchen Einfluss sie auf die politische Meinungsbildung haben und wie Medien und Mediensysteme auf die Gestaltung von Politik einwirken.





Die rasante Weiterentwicklung bildet sich mit dem Projekt „Globalisierung und Medienkommunikation“ (2011-2017) ab. 2013 startete das Projekt „Medien bilden – aber wie?“. Es rückte die Notwendigkeit der Vermittlung medienpädagogischer Kompetenzen an pädagogische Fachkräfte in den Fokus. Neue Formate wie Blended Learning (Lernen durch On- und Offlineinhalte), Barcamps und Mini-LARPs (Live Action Role Play/Live-Rollenspiele) zu Utopien und Dystopien bereicherten unsere methodische Vielfalt.

Das noch heute eingesetzte Format „BarCamp“ fördert die aktive Teilnahme ohne hierarchische Strukturen. Die Seminarleitung gibt lediglich gleichberechtigt eigene Sessionvorschläge ein und sorgt für einen reibungslosen Ablauf.

Die umfassende Dokumentation aller Sessions, möglichst in Echtzeit, ist ein zentrales Element. Dabei kommen digitale Medien und kollaborative Werkzeuge wie Etherpads, Online-Mindmaps oder Audio- und Videoaufzeichnungen zum Einsatz. Durch die Nutzung neuer Medien wird die Teilnahme auch für Interessierte ermöglicht, die nicht vor Ort sein können – etwa durch Online-Interviews mit Expert*innen oder das Mitlesen der Dokumentationen in Pads und Blogs.

Im aktuellen Zeitabschnitt unserer medienpädagogischen Arbeit stehen die Themen digitale Medien und Demokratie sowie digitale Identität im Mittelpunkt. Die digitale und die analoge Welt sind mittlerweile vollständig verschmolzen, was uns vor neue Herausforderungen stellt.

Ein früh von uns geschriebenes Konzeptpapier stellte hierzu bereits fest: „Online und Offline werden nicht mehr sauber zu trennen sein, sondern sich immer mehr ineinander verzahnen. Am Ende steht eine veränderte Gesellschaft.“ Diese Erkenntnis hat sich in vollem Umfang bestätigt.

Die „App-Generation“ von heute hinterlässt ganz andere digitale Spuren als die „HTML-Generation“ der Anfangszeit. Durch Smartphones geben junge Menschen – oft unbewusst – umfangreiche Daten preis. Die Frage nach dem Schutz der digitalen Identität ist zu einer zentralen Herausforderung geworden. Oben drein

kommt die Produktion einer digitalen Identität, bei der es um Perfektion geht, die allerdings auf Kosten der Personen hinter der digitalen Fassade geht.

Medienkompetenz als demokratische Schlüsselqualifikation

Gesellschaftliche Teilhabe ist heute ohne Medienkompetenz kaum noch möglich. In unserer Gesellschaft entscheidet die kompetente Nutzung digitaler Medien in hohem Maße darüber, welche Entwicklungschancen sich für Kinder, Jugendliche und Erwachsene eröffnen.

Es informieren sich immer mehr junge Menschen hauptsächlich über soziale Medien. Menschenrechtsgruppen, Hilfsorganisationen und andere Gruppen buhlen gleichermaßen um die Aufmerksamkeit der User*innen neben Unternehmens- und Unterhaltungsriesen. Die Fähigkeit, Informationsquellen kritisch zu bewerten und die Folgen eigener Beiträge einzuschätzen, ist daher zu einer demokratischen Kernkompetenz geworden.

In unserer medienpädagogischen Praxis verfolgen wir stets das Ziel, eine Balance zu halten zwischen der „Erfahrungs- und Handlungsautonomie“ der Teilnehmenden und der Anregung, die Medienwelt sowie das eigene und das Medienhandeln anderer im sozialen Kontext (selbst-)kritisch zu reflektieren.

Nach 25 Jahren medienpädagogischer Bildungsarbeit sind die grundlegenden Fragen gleichgeblieben – die Technologien und ihre gesellschaftliche Durchdringung haben sich verändert. Die zentrale Aufgabe der Medienpädagogik sehen wir nach wie vor darin, Menschen für ein souveränes Leben mit Medien stark zu machen, so dass sie Medien gegenüber kritisch-reflexiv und selbstbestimmt handelnd begegnen können.

Für unsere zukünftige Arbeit bleibt die grundlegende Erkenntnis bestimmend: „Der Mensch wird nicht von einem Algorithmus unterdrückt, ausgebeutet oder missbraucht, sondern durch die Gesellschaft, die das zulässt.“ (Markus Bechedahl, AlgorithmWatch) Dieser Einsicht folgend setzen wir uns weiterhin für eine Medienpädagogik ein, die Menschen befähigt, souverän, kritisch und selbstbestimmt in der digitalen Welt zu handeln – und damit die Demokratie zu stärken.



Rosa und Karl

Politische Bildung in Kooperation zwischen SJD – Die Falken und Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein

Als im Jahr 1999 erstmals das Rosa und Karl Seminar am zweiten Januarwochenende in der Jugendbildungsstätte stattfand, war noch nicht zu ahnen, dass damit eine langjährige Tradition der Kooperation zwischen Bildungsstätte und Jugendverband begründet würde. Seitdem sind jährlich zwischen 150 und 200 Jugendliche aus den unterschiedlichsten Gliederungen des Jugendverbandes jeweils an dem Wochenende, an dem den beiden sozialistischen Vordenker*innen und beispielgebenden Politiker*innen in Berlin gedacht wird, in die Bildungsstätte gekommen, um an einem besonderen Bildungsevent teilzunehmen.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hat die Frage der politischen Bildung in den Mittelpunkt gestellt und dabei für die Jugendverbände vier Zugänge zur politischen Bildung beschrieben, die in der Jugend-

verbandsarbeit im Mittelpunkt stehen und die – durchaus selbstkritisch gemeint – entwickelt werden müssen:

- Das „Demokratieleben“ in der Gruppe.
- Das „Demokratiegestalten“ in der Organisation und bezogen auf SJD-Die Falken könnte man auch das Demokratiegestalten in den Zeltlagern hinzufügen.
- Politische Bildung in non-formalen Settings wie zum Beispiel den Wochenendseminaren, den Winterschulen etc. und
- die Reflexion politischen Handelns, auch im Sinne jugendpolitischer Selbstvertretung der Kinder und Jugendlichen selbst.

Selbstbewusst können wir als Falken formulieren, dass politische Bildung im Sinne der Entwicklung von Widerstandsfähigkeit als pädagogisches Prinzip in der postnationalsozialistischen Gesellschaft ein fünftes zentrales Element politischer Bildung Teil der Tradition unseres Jugendverbandes ist.

Bereits Anfang der 50er Jahre richtete der damalige Falken-Bundesvorstand einen wissenschaftlichen Beirat ein, der klären sollte, wie es nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus weitergehen soll mit dem Verband. Nicht organisatorisch, dies war schon zuvor entschieden worden, sondern konzeptionell. Die Hoffnung darauf, dass die Erfahrung des Zusammenlebens in der Gruppe selbst schon einen positiven politischen Gehalt hat, war nach dem Nationalsozialismus so nicht mehr aufrecht zu halten. Zu sehr hatten die Nationalsozialisten Formen der bürgerlichen Jugendbewegung und der Reformpädagogik, die auch von der Arbeiterjugendbewegung übernommen wurden, aufgegriffen und für ihre politischen Ziele missbraucht.

Der wissenschaftliche Beirat war sich schnell einig, dass der Frage, „was getan werden kann, dass die Einzelnen im Zweifelsfall sich dem Mitmachen verweigern und Widerständigkeit entwickeln“ mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, so rückblickend das damalige Mitglied des Bundesvorstands und des Beirats, Gernot Koneffke. Die Falken der 20er Jahre waren noch nicht mit dem „Sozialcharakter des Mitläufers“ konfrontiert. Es sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Falkenmitglieder sich selbst von diesem befreien konnten: durch politische Bildung, so lautete die Antwort des Beirats.

Diese spezifische Herausforderung ist nicht vorbei. Die Pädagogikprofessorin Astrid Messerschmidt, hat Mitte der 2010er Jahre den Begriff der postnationalsozialistischen Konstellation geprägt: „Als postnationalsozialistische Konstellation betrachte ich den gesellschaftlichen und kulturellen Kontext, aus dem heraus über gegenwärtigen Rassismus in Deutschland gesprochen werden kann. In dieser Konstellation wirkt das Erbe der Ideologie der Volksgemeinschaft nach, ohne dass es sich dabei um eine ungebrochene Tradition handelt.“

Rosa und Karl greift alle diese fünf Elemente der politischen Bildung im Kontext von Jugendverbandsarbeit auf, ohne dass es dazu je eine theoretische Reflexion gegeben hätte. Es war den handelnden Akteuren selbst viel zu selbstverständlich, diese verschiedenen Zugänge in der Ausgestaltung der Veranstaltung mit zu berücksichtigen.

Die Gruppen kommen selbstorganisiert zu der Veranstaltung, der Freitagabend dient der gemeinsamen Gestaltung des Kennenlernens. Das gemeinsame Singen von Liedern und andere Aktivitäten müssen nicht im Vorfeld organisiert werden, sondern folgen der Logik der demokratischen Selbstorganisation.

Die gesamte Veranstaltung und letztlich auch ihre langfristige Tradition geht auf das Verständnis der Selbstorganisation zurück. Es sind Aktive aus den einzelnen Gliederungen, die Teile des Programms der Workshops

am Samstag übernehmen und so immer wieder neue Akzente setzen. Nebenbei wurde auch mal ein Beschluss auf einer Bundeskonferenz getroffen, Rosa und Karl zur Tradition des Verbandes zu machen, auch dies Teil des demokratischen Organisationsverständnisses des Jugendverbands.

Und natürlich sind insbesondere die vielen hundert verschiedenen Workshops der letzten über 25 Jahre auch ein Ausdruck politischer Bildung in non-formalen Settings. Gerade die Vielfalt der Themen, der didaktischen Zugänge und der methodischen Umsetzung führen dazu, dass Jugendliche im Alter von ca. 14 bis 25 Jahren über einen langen Zeitraum immer wieder interessante Programmangebote vorfinden, die sie dort abholen, wo sie gerade selbst in ihrer theoretischen Reflexion über Politik und Gesellschaft stehen.

Aber auch die Reflexion politischen Handelns spielte von Anfang an eine bedeutende Rolle. Immer wieder neu wurde nach Formen und Formaten gesucht, wie am Sonntagmorgen in angemessener und zeitgemäßer Art und Weise Rosa und Karl gedacht werden kann. Damit wurde ein Beitrag für eine Debatte der Geschichtsdidaktik geliefert, die erst Jahre später einsetzte, nämlich die Frage, wie der Demokratiegeschichte oder genauer der demokratischen Aufbrüche in der Geschichte gedacht werden kann. Und während die offizielle Antwort der Bundesrepublik seit einigen Jahren lautet, offizielle Gedenkorte wie dem Hambacher Schloss bildenden Charakter zuzusprechen, bleibt die Tradition im Kontext von Rosa und Karl weiterhin lebendig und offen für neue, den Bedarfen der Teilnehmenden angemessene Formate.

Und es sind letztendlich die Inhalte der verschiedenen Angebote der letzten fünfundzwanzig Jahre, die die Widerständigkeit gegen die gesellschaftlichen Zumutungen stärken: Workshops zur Geschichte der Arbeiter(jugend)bewegung, um sich seiner eigenen Traditionen bewusst zu sein, Workshops zu theoretischen und praktischen Fragen des Sozialismus, um für sich selbst Fragen der politischen Orientierung klären zu können, sowie Workshops, die ganz konkret aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen analysieren, kritisieren und Handlungsalternativen aufzeigen.

Und das antizipatorische Element der Veranstaltung, die Vorwegnahme anderer Formen des Lebens und Lernens, können wahrscheinlich nur die erfassen, die selbst den Spirit der Veranstaltung all die Jahre erlebt und als kraftgebende Insel im Alltag der Zumutungen in Schule, Universität und Alltag erfahren haben.

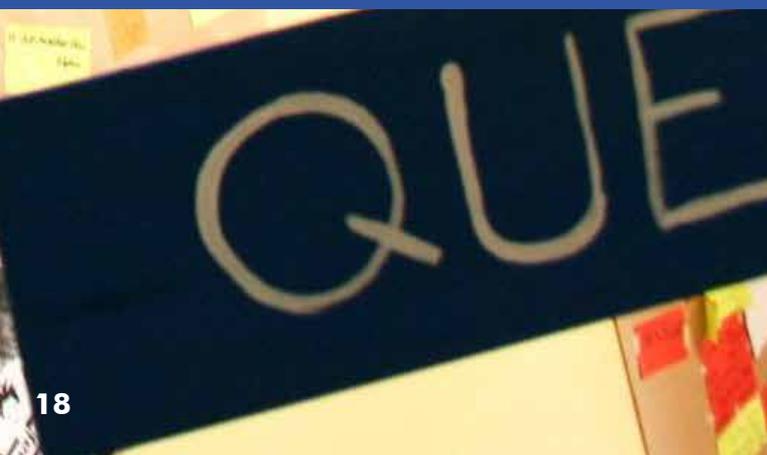


Seit 25 Jahren veranstalten wir zu Ostern unser internationales Seminar „Queer Easter“, zu dem jährlich mehr als 100 Teilnehmende aus Jugendverbänden und LSBTIQ*¹-Gruppen kommen.

Im Mittelpunkt des Seminars steht die Frage, wie die Aktiven in den beteiligten Verbänden Bildungsarbeit für vielfältige sexuelle und geschlechtliche Identitäten jenseits von heterosexuellen Orientierungen durchführen können, um so einen Beitrag zur Überwindung von Diskriminierung und Ausgrenzung zu leisten. In und mit dem Seminar sollen aber auch gleichzeitig gesellschaftliche Gründe dieser Ausgrenzung und Diskriminierung hinterfragt werden, wie z.B. unsere gesellschaftliche Heteronormativität. Die Thematisierung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist für uns als Einrichtung der politischen Bildung dabei zentral: So sehen wir in der gesellschaftlichen Heteronormativität einen der Hauptgründe für Ausgrenzungsprozesse von Menschen mit LSBTIQ*-Identität. Unser Seminarkonzept ist handlungsorientiert und stärkt die Teilnehmenden in ihrem Engagement für sexuelle und geschlechtlicher Vielfalt nachhaltig.

Die jugendlichen Teilnehmenden im Kernalter zwischen 18-30 Jahren kommen aus ganz Europa und Nahost. In den letzten Jahren ist es uns gelungen, auch Teilnehmende aus anderen Teilen der Welt die Teilnahme zu ermöglichen. An „Queer Easter“ nehmen meist über 30 verschiedenen Organisationen aus mehr als 20 Ländern teil. Diese Vielfalt in der Teilnehmendenstruktur ist einer der Erfolgsfaktoren unseres Seminarkonzeptes, aber auch zugleich eine der großen Herausforderungen:

Queer Easter – Bildungsarbeit für vielfältige sexuelle und geschlechtliche Identitäten



Junge Menschen aus sehr unterschiedlichen Organisationen und gesellschaftlichen Hintergründen kommen zusammen, um sich gegenseitig über die soziale Lage von LSBTIQ*-Jugendlichen auszutauschen und gemeinsam darauf basierend Ansätze für ihre eigene Bildungsarbeit zu entwickeln und Methoden zu erproben. Andererseits sind die Lebenslagen dieser Jugendlichen aufgrund der gesellschaftlichen Atmosphäre in den

¹ LSBTIQ* = Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans*, Inter*, Queer, das Asterisk/Sternchen steht für weitere Identitäten



Jugendverbandsstrukturen in Mittel- und Osteuropa stärken

Mit dem Umzug der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein nach Werftpfuhl wurde auch die internationale Bildungs- und Begegnungsarbeit ausgebaut und zu einer der Säulen der Arbeit des Hauses. In den späten 90er und den 2000er Jahren wurde ein spezifischer Fokus auf die Stärkung und Qualifizierung von (zukünftigen) Funktionsträger*innen aus kooperierenden Jugendverbandsstrukturen aus Mittel- und Osteuropa gelegt, um so auch diese Organisationen strukturell zu stärken, aber auch inhaltliche Impulse zu geben. Nahezu alle progressiven Jugendstrukturen, mit denen die Bildungsstätte zusammenarbeitete, sind nach dem Zusammenbruch des Ostblocks neu entstanden oder gingen aus zusammenbrechenden KP-Strukturen hervor. Die Zeit war geprägt von Fukuyamas Gerede vom Ende der Geschichte, dem Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus und der neoliberalen Hegemonie, welche auch stark die europäische Sozialdemokratie beeinflusste.

Es gab also genug Ansatzpunkte! Durch die regionale Nähe zu Mittel- und Osteuropa, aber auch durch entsprechende Förderstrukturen (Teilnehmende aus den Ländern bekamen Fahrtkostenzuschüsse aus dem KJP) war es relativ leicht, internationale Angebote für Teilnehmende aus Mittel- und Osteuropa zu schaffen. Und Interesse war genug vorhanden, sowohl inhaltlich, als auch generell, so war es doch auch die Chance nach Berlin, bzw. nach Werftpfuhl zu reisen. Die ersten internationalen Maßnahmen fanden vor allem mit Teilneh-

menden aus Polen, Slowakei, Ex-Jugoslawien und Bulgarien statt, andere Länder folgten schnell, so dass die Kooperationslandkarte im Speisesaal mit Verbindungslinien in die jeweiligen Länder doch sehr eindrucksvoll wirkte. Es gab viele Bereiche der Auseinandersetzung: inhaltlich waren die Organisationen meist nicht sehr gut aufgestellt, hatten wenig gemeinsame Vorstellungen von politischen Inhalten, persönliche neoliberale Sichtweisen auf viele Aspekte – brachten aber auch große Neugier und Offenheit für Neues mit. Gerade der Bildungsansatz der Falken mit seiner Mischung aus Politik und Pädagogik war für viele ein interessanter Ansatz, der neugierig machte (und in einigen Ländern zu Gründung von Falkenorganisationen führte, allerdings unterschiedlich erfolgreich).

Insbesondere zwei Seminarformate richteten sich an die Aktivist*innen der neuen Jugendverbände: Future Leaders und die „Eurovision“-Seminare.

Future Leaders: Was brauche ich, um Verantwortung in meiner Organisation zu übernehmen? Was sind Fähigkeiten, die mir helfen politisch aktiv zu sein und andere zu motivieren? Welches Handwerkszeug gibt es und wie kann ich es in der politischen Arbeit nutzen? Diese Ausgangsfragen waren leitend für die Entwicklung des Seminarformats „Future Leaders“: Es umfasste Workshops von Rhetorik, zu Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und vielem mehr, immer verbunden mit der Vermittlung von linken politischen Haltungen und

Inhalten. Es ging also nicht nur um die Vermittlung von Wissen, sondern auch um die Schärfung des linken politischen Profils der Teilnehmenden und die Schaffung von Grundlagenwissen.

Eurovisions – In Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU im Jahre 2002 führte die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die Seminarreihe Eurovisions durch. Je 3-4 Personen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten kamen für eine Woche nach Werftpfuhl, ausgewählt von den jeweiligen Landesbüros der FES vor Ort. Ziel der Seminare war die politische Profilstärkung der Teilnehmenden in der Auseinandersetzung mit der Frage eines Sozialen Europas und einer jeweils jährlich wechselnden Grundfrage, wie z.B. der Auseinandersetzung mit politischem Populismus (im Jahre 2009!) oder aber zu Grundwerten und Geschichte der sozialen Demokratie (2008). Die Länderbüros des FES suchten zumeist Teilnehmende der Jugendstrukturen der jeweiligen Sozialdemokratie aus, die dann vom Seminarteam der Bildungsstätte aus- und fortgebildet wurden. Allgemeines Ziel der Seminare war aber auch „motiviert und gestärkt [zu] werden für ihre ehrenamtliche Arbeit, sich als MultiplikatorInnen für ein europäisches Bewusstsein und demokratische Lösungswege von gesellschaftlichen Problemen zu verstehen“ sowie „sich inhaltliches und methodisches Knowhow im Bereich Europa für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen anzueignen“

Einige hundert- Aktivist*innen wurden mit diesen Seminarformaten erreicht, mehrere Teilnehmende stiegen danach als Teamer*in in unsere Bildungsarbeit im internationalen Bereich ein, andere engagierten sich(auch) anschließend stärker in der Politik und wurden zu Funktionsträger*innen in ihren Ländern, wie z.B. Barbara Nowacka, die heutige Bildungsministerin Polens, die auch im Internationalen Team der Bildungsstätte aktiv war, oder Birute Sabatauskaite, die heute Ombudsperson für Chancengleichheit in Litauen ist und ebenfalls über viele Jahre im internationalen Team aktiv war, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Das Seminarkonzept der Future Leaders wurde ab 2010 dann in Richtung eines „Training for Trainers“ weiterentwickelt, da viele Organisationen eher den Bedarf nach gut ausgebildeten Trainer*innen für non-formale Bildungsangebote in ihren Ländern meldeten. Es gab somit eine gewünschte Verschiebung durch die Organisationen, aber auch der Teilnehmenden zu den zu vermittelnden Fähigkeiten: Eher weg von einer organisatorischen Stärkung hin zu einer Qualifizierung um nonformale politische Bildungsprozesse konzipieren und gestalten zu lernen. Das jährliche Training for Trainers findet bis heute mit starker Nachfrage statt - einerseits als Ausbildung neuer Teamer*innen für unser internationales Team, gleichzeitig, um die politische Bildungsarbeit in unseren Schwesterorganisationen der Falken zu stärken.





Berufsorientierung - Aufbau eines neuen Themengebiets der Bildungsarbeit

Christine, du warst lange Jahre pädagogische Leiterin der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein und hast in dieser Funktion das Projekt „Fit for life, job and politics“ im Programm Xenos (Leben und Arbeiten in Vielfalt) in den Jahren 2003-2005 entwickelt und umgesetzt. Um was ging es in diesem Projekt?

Die Grundidee des Projekts war die Durchführung von Wochenseminaren mit Schüler*innen von Haupt-, Real- und Gesamtschulen der Jahrgangsstufen 8.-10. Klasse, die folgende Elemente miteinander verbanden: Berufsorientierung, Bewerbungstraining zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, allgemeine Lebensplanung, Geschlechtsspezifik, Anti-Rassismus-Trainings und soziales Lernen.

Es ging ganz zentral darum, Orientierung zu vermitteln, und zwar sowohl in Bezug auf den Lebensbereich Beruf als wichtiger Bereich für die gesellschaftliche Integration wie auch für den Bereich der politischen Einstellungen, die sich bei der Altersgruppe der 14-17jährigen verfestigen.

In diesem Sinne ging es nicht um Schulung, sondern um die Begleitung selbstbestimmter Lernprozesse der Jugendlichen. Kennzeichnend war der Aufbau eines eigenen Teams, die Entwicklung mehrerer Methoden, die Herausgabe eines Methodenhefts, die Begleitung durch eine externe Evaluation und im Seminarprozess selbst, Demokratie als Form des offenen Dialogs und des gemeinsamen Aushandelns erfahrbar zu machen. Die Teilnehmenden sollten auch selbst bei dem Prozess der Auswahl der Lerninhalte beteiligt werden.

Warum entstand eine kontroverse interne Debatte um dieses Projekt?

In dem Projekt, welches sich nur an Brandenburger SchülerInnen richtete, waren die Module zur Berufsorientierung sehr nachgefragt. Die Diskussion entbrannt immer wieder um die Frage, ob Berufsorientierung politische Bildung ist?

Die Ausgangsthese, dass Berufsorientierung politische Bildung ist, gilt nicht per se, sondern unter einem spezifischen Verständnis von politischer Bildung und von Berufsorientierung. Dabei gingen wir grundsätzlich von einem pluralen Verständnis politischer Bildung aus. Welches Konzept das angemessene ist, muss sich

jeweils in der Praxis erweisen. Wir verstehen politische Bildung als die Begleitung von immer auch gesellschaftspolitisch verorteten Orientierungsprozessen der Teilnehmenden. Orientierungssuche ist eine zentrale Entwicklungsaufgabe, die sich allen Jugendlichen stellt: Wie will ich leben? Wofür stehe ich ein? Wer bin ich? Was zeichnet mich aus? etc. Angesichts gesellschaftlicher Umbrüche stellt sich diese Aufgabe immer wieder, auch im weiteren Leben. Darum war es für mich eigentlich keine Frage, dass die Orientierung in Bezug auf Beruf mit der politischen Sozialisation und damit mit der Politischen Bildung verbunden ist.

Warum diese Infragestellung der Thematik?

Mediennutzung, Drogenkonsum, Rassismus etc. sind Fragen, bei denen die Verknüpfung des Alltags der Jugendlichen mit der gesellschaftspolitischen Ebene allgemein akzeptiert ist. Dies war und ist beim Thema Arbeit tabuisiert. Das Offensichtliche, dass die Frage der Berufsorientierung Jugendlichen auf den Nägeln brennt, war der politischen Bildung lange zu wenig. Verpönt wurde dieser Bereich als pure Vermittlung von Verwertungswissen, als Employability, als das „Fitmachen“ für den Arbeitsmarkt. So als wären Konflikt- und Teambuildingstrainings weniger Anpassung an die bestehende gesellschaftliche Realität.

Ein Angebot, über die eigene berufliche Zukunft reflektieren zu können, ist unter einem bestimmten Verständnis von Politik, eine wichtige Lerngelegenheit politischer Bildung.

Wie siehst du den Bereich heute 20 Jahre später?

Trainings der Berufsorientierung berühren viele gesellschaftspolitische Bereiche, auch heute werden viele klassische Aspekte der politischen Bildung angesprochen. Es geht um die Unterstützung und Begleitung von Orientierungsprozessen der Jugendlichen am Übergang von Schule/Beruf. Diese sehen sich mit zentralen Fragen der eigenen Zukunft konfrontiert. Mit dem Heranrücken des Schulabschlusses werden neue existenzielle Fragen gestellt. Die bislang gewohnte Umgebung wird verlassen. Gewohnte und geregelte Strukturen werden sich mit dem Schulende verändern. Die Jugendlichen ringen mit Fragen wie: Was will ich? Und wie kann ich meine eventuell vorhandenen Zielvorstellungen verwirklichen? Was kann ich gut? Was muss/will ich mir aneignen? Wie kann ich meine Fähigkeiten und Fertigkeiten erkennen, einsetzen und darstellen? Idealerweise wird in der Auseinandersetzung der Zusammenhang zwischen eigenen Interessen und beruflichen Perspektiven deutlich. Es steigt aber auch der Druck, wenn am Ende der vielen Fragen nur Ratlosigkeit und Orientierungslosigkeit übrigbleibt.

Politische Bildung will bei der Orientierungssuche unterstützen und möchte Handlungskompetenz vermitteln. Es geht darum, Einblicke in Prozesse und Strukturen zu ermöglichen. Jugendliche sollen Subjekte ihrer Berufsorientierung werden.

Bei den Fragen am Übergang von Schule/Beruf geht es auch um die Diskussion über künftige Lebenssituationen. Dabei werden politische Bildnerinnen und Bildner mit Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen konfrontiert, die von Bürgergeldempfänger, über Influencer bis zum Multimillionär reichen. Gerade hier Klärungsprozesse zu initiieren, ist zentral für alle weiteren Schritte. Prioritäten zu setzen, Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen und Veränderungen als Herausforderung und nicht als Bedrohung wahrzunehmen, sind auch als politische Fragestellungen zu thematisieren. Neben der Klärung eigener Wege geht es auch um Fragen wie z.B. um Mobilität, auch wenn junge Menschen im Alter von 16 Jahren sich kaum vorstellen können, von Berlin-Hellersdorf nach Berlin-Wedding umzuziehen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen ebenso wie Rollenerwartungen und Geschlechterverhältnisse. Auch das Privatleben, Freizeitverhalten und der Faktor Zeit können erörtert werden. Zeit ist schon deshalb bedeutsam, da man künftig nicht mehr 14 Wochen Ferien haben wird. Mögliche Chancen der Selbstverwirklichung und einer Karriere sowie die damit verbundenen die gesellschaftliche Anerkennung bzw. nicht Anerkennung bestimmter Berufsfelder rücken in den Blick.

Dass wir überhaupt über Berufsorientierung reden, hat etwas mit Veränderungsprozessen zu tun, denen wir alle unterliegen. Jugendliche müssen klären, wer sie sind, was ihre Identität ausmacht, wie sie leben möchten und wofür sie stehen. Sie müssen dies in einer Welt der Vielfalt tun, in der es nahezu unendlich viele mögliche Bezugspunkte gibt: meine Herkunft, meine soziale Lage, mein Geschlecht, meine sexuellen Neigungen, meine körperlichen und geistigen Besonderheiten etc. Vielfalt ist dabei auch mit Formen gesellschaftlicher Herrschaft verknüpft. Ich kann in der mächtigeren und in der weniger mächtigen Position sein, mir stehen mehr oder weniger Ressourcen zur Verfügung.

Was wir den Jugendlichen angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen bieten müssen, sind Angebote zur Stärkung und zur Orientierungsfindung. Die Frage des Berufs bleibt für die künftigen Lebensperspektiven zentral. Politische Bildung hat die große Chance, ihre Fragestellungen bei Angeboten der Berufsorientierung einzubringen.

„Tanz den Sozialismus“

Sozialismuskongress der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken 02.-05. Oktober 2008

Frei nach Emma Goldman: **„Wenn ich dazu nicht tanzen kann, dann ist es nicht meine Revolution!“** wurde nach einem einjährigen Vorbereitungsprozess im Oktober 2008 in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein den bundesweiten „Sozialismuskongress“ der SJD –Die Falken durchgeführt. Der Kongress war mit über 220 Teilnehmenden aus ganz Deutschland ein Höhepunkt eines mehrjährigen Organisationsentwicklungsprozesses. Er selbst ging auf mehrere „Zukunftsforen“ zurück die im Herbst 2006 in den drei Regionen Süd-West, Nord-West und Ost durchgeführt wurden. Diese Zukunftsforen dienten einer Bestandsaufnahme

der Situation des Verbandes und kamen zu der Schlussfolgerung „einen Prozess der Verständigung über das Selbstverständnis als sozialistischer Kinder- und Jugendverband einzuleiten und einen Ort zu schaffen, an dem durch die Wahrnehmung der Vielfalt und Lebendigkeit des Gesamtverbands, Motivation und Anregung für die Arbeit vor Ort entsteht“.

Im Tanzcafé am ersten Abend tauschten sich die Anwesenden über den Alltag des Kinder- und Jugendverbandes vor Ort aus. Die Diskussionen spiegelten die Vielfalt des Verbandes wider und es entzündeten sich erste heiße Debatten: es ging darum, wie der Begriff Sozialismus wieder zurückerobert werden kann, darum, dass Sozialismus praktische Gesellschaftskritik ist und ein politischer Kinder- Jugendverband ein kräftiger Verband – im Sinne einer Vielgestaltigkeit- sein und bleiben muss.

Am nächsten Morgen folgten drei Fishbowl-Runden, die sich den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Verbandsarbeit widmeten. Maria do Mar Castro Varela stellte eindrücklich in der Fishbowl „Rassismus, Migration, Diversity“ dar, dass Migration ebenso wie struktureller Rassismus als gesellschaftliche Tatsachen anerkannt werden müssen. Nur so wird es möglich sein, Rassismus Widerstand entgegenzusetzen und Migration zu gestalten. Dies kann nur gemeinsam mit Migrant*innen und von Rassismus Betroffenen als gleichberechtigten Akteur*innen gelingen. Was dies für den Jugendverband konkret bedeutet, öffnete viele Diskussionen, blieb an dieser Stelle auf dem Sozialismuskongress unbeantwortet, wurde jedoch einige Jahre später auf dem „Vielfaltkongress“ 2012 wieder aufgenommen und diskutiert.

Wichtige Gedankenanstöße gab das Referat des inzwischen verstorbenen Sozialphilosophen und Professors für Soziologie Oskar Negt zu den gesellschaftlichen Herausforderungen und den damit verbundenen Aufgaben der Sozialistischen Jugend im 21. Jahrhundert. Den Verlust gesellschaftlicher Bindung und deren fatale Folgen stellte er ausführlich dar, kritisierte vorherrschende Krisenbewältigungsstrategien und erklärte, warum aus seiner Sicht die Flexibilisierung die Menschen kaputt macht und wie wichtig die Demokratisierung der Gesellschaft ist. Als Kompliment an den Verband formulierte er die Wichtigkeit seiner Aufgaben, Alternativen zu leben. Denn „es geht eben nicht mehr darum, die Organisation zu haben, um dann die Welt verändern zu können,

Tanz den
SOZIALISMUS

DOKUMENTATION SOZIALISMUS-KONGRESS

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werftpfuhl
2. bis 5. Oktober 2008



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

sondern die Veränderung fängt wirklich bei dem einzelnen an.“

Die Vielfalt der Diskussionen spiegelte sich in 20 Workshops, die sich sehr unterschiedlichen Fragen widmeten, wie: Politik- und Aktionsverständnis des Jugendverbands, Internationalismus, Bedeutung von Utopie leben nicht nur in Zeltlagern,

Antikapitalismus, Kinderrechte, Gruppenarbeit, Musik und Kulturarbeit, Organizing-Konzepte, Helfer*innen-ausbildung, Antizipation, Kritik des Neo-Liberalismus, Marx-Lektüre, Löwensteins Verständnis Sozialistischer Erziehung und Erinnerungsarbeit.

Die zum Abschluss der Veranstaltung gebildeten Zukunftsforen widmeten sich den Fragen der Bildungsoffensive, des Verbandsaufbau vor Ort, der gelebten Solidarität im Jugendverband, der Geschlechtergerechtigkeit und der Fortführung der Selbstverständnisdiskussion.

Sven Frye, damaliger Bundesvorsitzende der SJD-Die Falken, benannte in seinem Vorwort zur Dokumentation die aus seiner Sicht drei wichtigsten Ergebnisse des Kongresses:

„Der Begriff und das Konzept der Antizipation muss, entsprechend der sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse, immer wieder neu bestimmt werden. Antizipation, d.h. ein Stück Zukunft bereits vorwegnehmen, als Teil unserer Erziehungs- und Bildungsarbeit, stärkt den Widerspruchsgeist und Gestaltungswillen.

Die im Verlauf des Kongresses formulierten Fragen motivieren, sich auf einen Selbstverständnisprozess einzulassen, den wir gemeinsam gestalten, und zeigen, wie sehr unsere Praxis mit der dahinterstehenden Theorie verbunden ist. Durch einen solchen Prozess können wir die politische Profilierung des Verbandes stärken, ohne seine Vielgestaltigkeit aufzugeben.

Zentral wird dabei die Auseinandersetzung über die inhaltliche Klammer, die das gesellschaftspolitische und das pädagogische Selbstverständnis miteinander verbindet. Ein solcher Prozess beinhaltet auch den vielfach geäußerten Wunsch nach mehr Austausch und einer innerverbandlichen Bildungsoffensive und den Anspruch, Vielfalt zu denken, Vielfalt zu achten und Vielfalt zu organisieren.“

Der Kongress „Tanz den Sozialismus“ hat in beispielgebender Weise gezeigt, welche Bedeutung die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein als verbandliche Jugendbildungsstätte für die Weiterentwicklung des Verbandes, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken haben kann.

Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit.

Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung.

Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.

Titel der Erstaussgabe der italienischen Zeitung – L'Ordine nuovo vom 1. Mai 1919- die von den Sozialisten Gramsci, Tasca, Togliatti und Terracini gegründet wurde.



Inklusion als Prozess in der außerschulischen politischen Jugendbildung

Die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch Deutschland 2009 und die sich daran anschließenden Diskussionen über deren Bedeutung für die Kinder- und Jugendhilfe nahm die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein zum Anlass, als Einrichtung der außerschulischen Bildung die vielfältigen Zusammenhänge mit ihrer Praxis zu diskutieren und einen Organisationsentwicklungsprozess in Gang zu setzen, der sie über lange Zeit begleitet hat.

Der Begriff Inklusion betont die Gleichwertigkeit und Würde jedes Individuums, ohne dass dabei Normalität vorausgesetzt wird. Die Vielfalt selbst ist Norm. Gesellschaftliche Strukturen und Systeme müssen so verändert werden, dass sich alle auf eigene Art einbringen können und die volle gleichberechtigte und wirksame Teilhabe und Teilgabe Aller garantiert ist.

Wir entschieden uns, einen selbstgesteuerten und selbstbestimmten Prozess zur Frage der Inklusion zu starten. Der begleitete Prozess war auf zwei Jahre (2012-2014) angelegt und verfolgte verschiedene Ziele:

- Es ging um die Weiterentwicklung der Einrichtung insgesamt, einem sogenannten Organisationsentwicklungsprozess, und um
- die Klärung, was die inhaltliche Ausgestaltung des Konzepts der Inklusion ganz konkret bezogen auf den Bereich der außerschulischen Jugendbildung bedeutet und welche Chancen und Herausforderungen darin liegen.

Für den Prozess gab es weder formale noch inhaltliche Vorgaben durch Dritte. Nach einer ersten Zieldiskussion war klar, dass das ganze Vorhaben nur multiperspektivisch, bezogen auf Strukturen, Haltungen (Kultur) und Handlungen (Bildungsprozessgestaltung), sinnvoll umgesetzt werden kann.

Die Umsetzung

Zu Beginn des Prozesses wurden eigene Erwartungen und Befürchtungen, das (vorläufige) Verständnis von Inklusion und die Zielstellungen sowie die Arbeitsweisen und Zuständigkeiten geklärt. Eine Steuerungsrunde für den Gesamtprozess wurde festgelegt.

Es wurde festgelegt, welche Akteur*innen rund um die Bildungsstätte auf welche Weise, angefangen beim Vorstand, den Mitgliedern, allen Mitarbeiter*innen, dem Honorarteam, die Kooperationspartner*innen, Gäste, Kommune etc. in den Gesamtprozess einbezogen sein sollen.

Die Mitarbeiter*innen aller Bereiche setzten sich frühzeitig in Form von Tagesklausuren zusammen. Gemeinsam identifizierte man relevante Handlungsbereiche, auf die sich der Inklusionsprozess beziehen sollte. Der Prozess startete mit: „Willkommenskultur“, Bildungskonzeption und Leitbild.

Für die 12 benannten Handlungsbereiche (Arbeitsbereiche) wurde nach und nach eine sogenannte „Planungsmatrix“ entwickelt. Diese beinhaltete: Wer ist zu beteiligen? Mit wem wird diskutiert (Externe, Expert*innen, Kooperationspartner*innen, Gäste etc.)? Um was geht es? Wie kann der Umsetzungsprozess gestaltet werden? Wozu das ganze? Um was geht es uns (Ziel)? Wann und wo wird weiterdiskutiert, bzw. mit der Umsetzung begonnen (Zeit-, Raum- und Ressourcenfrage). Anhand dieser Planungsmatrix wurden konkrete Projekte entwickelt. Folgende Arbeitsbereiche wurden analysiert:

- | | |
|---|---|
| • Leitbild | • Personalentwicklung |
| • Seminar- bzw. Bildungskonzepte | • freie Mitarbeiter*innen/ Honorar Dozent*innen |
| • „Willkommenskultur“ – heißt: Gäste- bzw. Teilnehmendenbetreuung | • Ernährung |
| • Freizeitbereich | • Öffentlichkeitsarbeit bzw. Kommunikation nach Außen |
| • Bauliche Maßnahmen | • Regionalentwicklung |
| a)Hochbau/Haus; | • Jugendpolitisches Umfeld |
| b)Ausstattung; | • Spezifische Bedürfnisse im Blick |
| c) Außenbereich; | |
| d) Hausleitsystem | |

Aus der jeweiligen Matrix heraus entstanden konkrete Projekte, die in einer Umsetzungsliste gesammelt wurden. Diese Gesamtumsetzungsplanung umfasste Maßnahmebeschreibungen, für deren Realisierung eine Steuerungsgruppe verantwortlich war. Diese Maßnahmen wurden in eine kurzfristige (1-2 Jahre), mittelfristige (3-5 Jahre) und langfristige Planung überführt und danach unmittelbar erste Umsetzungsschritte eingeleitet.

Für die Bildungsarbeit der Einrichtung wurden relevante Aspekte der Konzeption wie Ziele, Zielgruppen, Inhalte, Methoden und Rahmenbedingungen sowie die unter dem Gesichtspunkt der Inklusion notwendigen Erweiterungen bzw. Veränderungen thematisiert. Dabei wurde deutlich, dass der mit Inklusion verbundene Perspektivwechsel vor allem zu einer Erweiterung der Zielbeschreibung außerschulischer politischer Bildung führt. Für den Bildungsbereich wurden insgesamt fünf Projekte festgehalten: Entwicklung inklusiver Seminarmethoden; Dokumentation inklusiver „Energizer“; Durchführung von Fortbildungen für Honorarmitarbeitenden; Weiterentwicklung der Schulkooperationen (im Sinne einer inklusiven Schule) und die Durchführung eines Projekts zur Menschenrechtsbildung in einem historisch-kritisches Menschenrechtsverständnis.

In anderen Bereichen wurde deutlich, dass es sowohl um punktuelle Nachjustierungen wie z. B. der Gestaltung einer barrierefreien Homepage, der Entwicklung eines WLAN-basierten Informationsservices, aber auch der Forderung eines Mobilitätskonzepts für die Region

etc. geht. Inklusion, die Einbeziehung aller, bedeutet vor allem, viele kleine Projekte auf den Weg zu bringen, aber auch den Baubereich betreffend, größere Herausforderungen zu bewältigen.

Zum vorläufigen Abschluss des Prozesses im Jahr 2015 erfolgten zwei Aktivitäten zur kritischen Betrachtung der bis dahin erarbeiteten Ergebnisse. Zum einen wurde als letzter Arbeitsbereich der Blick auf spezifische Bedürfnisse einzelner Zielgruppen gerichtet. Dabei wurde der Frage nachgegangen, ob deren Bedürfnisse und Interessen bei der Entwicklung von Projekten auch Berücksichtigung gefunden haben. Damit sollte der Gefahr entgegengewirkt werden, dass bei der Analyse entlang einzelner Aufgabenbereiche nicht die eigentlichen Adressat*innen aus dem Blick geraten. Zum anderen wurden externe Expert*innen für einen kritischen Blick auf das Erreichte gewonnen. Zentral war, dass Ergebnisse aus der Wahrnehmung von Menschen mit speziellen Bedürfnissen in den Prozess integriert wurden. Dabei ist zu beachten, dass die Gefahr der Konstruktion von Gruppen und der Zuschreibung bestimmter Merkmale und Bedürfnisse besteht. Dies muss kritisch reflektiert werden.

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Von den rd. 150 Maßnahmen und Projekten, konnten wie geplant rund 70 % innerhalb der ersten 5 Jahre realisiert werden. Der notwendige Ressourceneinsatz (personell, finanziell, Komplexität) war dabei sehr unterschiedlich. Für eine Mehrzahl der Maßnahmen galt, dass diese ohne besonders großen finanziellen Aufwand umsetzbar war.

Die vielleicht wichtigste Schlussfolgerung ist, dass sich das zu Beginn entwickelte Verständnis von Inklusion als tragfähig erwiesen hat. Inklusion muss als Prozess gedacht und organisiert werden. Zugleich bietet das menschenrechtliche Konzept der Inklusion aber auch die Grundlage für zentrale Leitbilder und Visionen: die Anerkennung von Unterschiedlichkeit und die volle und wirksame Teilhabe und Teilgabe aller. An dieser Vision können sich Veränderungsprozesse orientieren.

Eine weitere Schlussfolgerung im Laufe der Arbeitsschritte war, dass die Qualitätsentwicklung allen zugutekommt und, um dem Anspruch von Inklusion zu genügen, auch allen zugutekommen muss. Wenn eines der Kernanliegen von Inklusion ist, die Gegenüberstellung von Mehrheit und Minderheit aufzulösen durch ein Verständnis von Unterschiedlichkeit bei der Verschiedenheit die Norm ist, dann können keine defizitär bestimmten Kriterien zur Auswahl bestimmter Zielgruppen oder Fragestellungen mehr herangezogen werden. Dies würde dem Grundgedanken des ganzen Vorhabens zuwiderlaufen. Dann kann aber auch generell keine Fragestellung und kein Arbeitsbereich aus dem Prozess ausgeklammert werden, sonst würden wir der Vielfalt menschlichen Lebens nicht gerecht werden. Es bleibt nur der Weg, den Gegenstandsbereich so eng und klar umgrenzt zu beschreiben, dass ein realistisches Vorhaben entsteht. Im konkreten Fall war die Festlegung auf uns als Einrichtung der außerschulischen politischen Jugendbildung eine sinnvolle Grenzziehung.





Politische Bildung mit Kindern

Bereits Kurt Löwensteins Kinderrepubliken waren Orte, an denen Mitbestimmung, Interessensvertretung und gelebte Demokratie für Kinder erfahr- und erlernbar wurden.

Politische Bildung mit Kindern war lange fast ein Tabu, nicht nur die Kinderfreunde, sondern auch die Falken wurden dafür öffentlich angegriffen. Lediglich Anfang der 1970er Jahre gab es u.a. (in einem Handbuch) um den hessischen Politikdidaktiker Wolfgang Hilligen dazu erste positive Überlegungen außerhalb der Falkenbewegung.

Gertrud Beck, formulierte 1972 in ihrem Buch: "Politische Sozialisation und politische Bildung in der Grundschule", dass Kinder nicht in einem politikfreien Raum leben. Sie sind Mitglieder unserer Gesellschaft. Sie sind interessiert, wollen Wissen und Erfahrungen sammeln, wollen mitreden. Schon sehr früh ist damit das Politische für sie präsent. „Kinder begegnen dem Politischen in den Medien (...). Sie begegnen dem Politischen ‚auf der Straße‘ in Form von Plakaten oder Demonstrationen. Sie hören Erwachsene über Politik und Politiker reden. Sie erfahren vermittelt über die Familiensituation die Auswirkungen von Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Kinder nehmen also schon früh Elemente des Politischen wahr, begegnen Politik auf vielfältige Weise, kennen politische

Symbole und entwickeln somit auch eigene Vorstellungen über ‚das Politische‘“.

Politische Bildung mit Kindern „.....soll zur Stellungnahme herausfordern, zum Argumentieren und zum Engagement befähigen. Wenn späteres politisches Handeln vorbereitet werden soll, dann müssen Handlungsdispositionen grundgelegt werden, die politische Aktivität und Bereitschaft und Fähigkeit zur Mitbestimmung ermöglichen. Dazu bedarf es eines handlungsorientierten Unterrichts, der Solidarisierung von Schülern nicht nur zulässt, sondern provoziert und ihnen Möglichkeiten bietet, ihre Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren“.

Eine Begründung von politischer Bildung von Anfang an aus rein sozialisatorischer Perspektive greift zu kurz. Kinder sind selbst als Subjekte anzuerkennen, auch als politische. „Volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe“ an allen sie betreffenden Lebenszusammenhängen gilt auch für Kinder und ebenso für das Politische. Eine Reduktion von Politik auf Teilhabe am staatlichen politischen System würde eine rein sozialisatorische Bedeutung von politischer Bildung mit Kindern rechtfertigen. Ein solch reduzierter obrigkeitstaatlich fixierter Politikbegriff ist aber nicht der unsrige und wird auch den komplexen Lebenszusammenhängen nicht gerecht.

Die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein setzte von 2011-2014 ein erstes größeres Projekt zur politischen Bildung mit Kindern um. Das Projekt „Vielfalt leben lernen“ basierte auf folgenden Grundüberlegungen:

- Erstens ist Demokratie nicht nur Regierungsform, sondern nach John Dewey muss diese auch als Gesellschafts- und Lebensform begriffen, gelebt und durch eigene Erfahrung und eigenes Handeln aktiv angeeignet und gelernt werden.
- Zweitens gelingt die Anerkennung von Vielfalt, wenn die Erfahrung gemacht werden kann, dass die Einbeziehung und Wertschätzung Aller eine Bereicherung auch für mich selbst ist.
- Und drittens ist die Teilhabe von Kindern kein philanthropisches Geschenk der Erwachsenen, sondern deren ureigenstes Menschenrecht.

Die Verbindung zwischen der Lebenswelt der Kinder, ihren eigenen Erfahrungen und Interessen zu schaffen und damit Themen wie Vielfalt, Einbezug vs. Ausgrenzung, solidarisches Zusammenleben, Mitbestimmung und Kinderrechte zu thematisieren, stand im Mittelpunkt des Projektes. Unsere Maxime war dabei, Kinder in ihrer Einzigartigkeit wahrzunehmen und wertzuschätzen, ihre Stärken zu sehen und zu fördern, ihre Bedürfnisse zum Ausgangspunkt zu nehmen und sie in der Entwicklung eines positiven Selbstbildes zu unterstützen. In verschiedenen Settings ermöglichten wir Perspektivenübernahmen, die Wertschätzung von individueller Vielfalt sowie die Anerkennung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Gerade auch Kinder, die sonst keinen Zugang zu außerschulischen Bildungsmaßnahmen haben, sollten davon profitieren.

Bei der Projektevaluation wurde die Kooperation zwischen der Bildungsstätte und den Schulen und besonders das pädagogische Handeln der Teamenden gelobt, die die Seminare durchführten. Die Evaluatorin Prof. Dr. Annedore Prengel betonte, dass dies bislang ihre einzige Projektbeobachtung ohne Hinweis auf „verletzendes Handeln“ gewesen sei. Stattdessen würde es den Teamenden gelingen, den Kindern Selbstachtung und die Achtung anderer zu vermitteln und so ganz praktisch zu verdeutlichen, was es bedeute, Vielfalt in Gemeinsamkeit anzuerkennen.

Politische Bildung mit Kindern zu den Themen „Vielfalt, Anerkennung Aller und Inklusion“, geht das überhaupt? Ja, es ist möglich – und angesichts neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse – auch nötig. Dabei muss eine so ausgelegte politische Bildung mit Kindern bestimmte entwicklungspsychologische Bedingungen beachten und sich mit der Adaption von Methoden und Settings kindgerechter Gestaltung der Angebote auseinandersetzen. Die Bedürfnisse, Erfahrungen sind Ausgangspunkt des Lernprozesses und werden in diesem mit den Kinderrechten verbunden. Dabei geht es nicht um die abstrak-

te Vermittlung von Wissen über Kinderrechte, sondern vielmehr um das Lernen mit und durch Kinderrechte. Stärken, Fähigkeiten und Handlungspotentiale werden aufgegriffen und erweitert. Politische Bildung mit Kindern muss Angebote machen, die an ihre Themen und Lebenswelten anknüpfen und einen Raum für Bildungsprozesse bieten, den sie sich aneignen können. Dann können Themen wie Vielfalt und Inklusion ohne weiteres auch Themen sein, die Kinder interessieren und welche sie sich als Lerngegenstand aneignen.

Die Veranstaltungen waren „erfolgreich, wohltuend und lehrreich“ für die Kinder, die sich anerkannt und ernst genommen gefühlt hätten. Professorin Prengel ergänzte, dass man die Wirkung eines solchen Seminars nicht unterschätzen sollte: „Vom Bildungssystem können positive Impulse in die Gesellschaft gehen. Eine Woche, in der Kinder gehört werden, kann ein solcher Impuls sein“. Das Thema Vielfalt sei zudem ein besonders geeignetes für die Politische Bildung mit Kindern.

Eine Begründung von politischer Bildung von Anfang an aus rein sozialisatorischer Perspektive greift zu kurz. Kinder sind selbst als Subjekte anzuerkennen, auch als politische. „Volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe“ an allen sie betreffenden Lebenszusammenhängen gilt auch für Kinder und ebenso für das Politische. Eine Reduktion von Politik auf Teilhabe am staatlichen politischen System würde eine rein sozialisatorische Bedeutung von politischer Bildung mit Kindern rechtfertigen. Ein solch reduzierter obrigkeitstaatlich fixierter Politikbegriff ist aber nicht der unsrige und wird auch den komplexen Lebenszusammenhängen nicht gerecht.

Die Nachfolgestudien von Pisa zeigen sehr deutlich, dass das gemeinsame Lernen die Chance für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit in unserer Gesellschaft bietet. Hier kann außerschulische Bildung durch Angebote, die auf ein besseres Zusammenleben wirken und Solidarität als Strategie des Zusammenaktivseins begreifen, verstärkend wirken.

Frühzeitige Politische Bildung mit Kindern ist Grundlage, um Wege der Teilhabe an Politik und Öffentlichkeit aufzuzeigen und Erfahrungen mit demokratischen Verfahren und Prozessen zu ermöglichen. Und es sei abschließend betont, dass Kinder ein Recht auf Teilhabe haben bei allen Dingen, die sie betreffen. Um dieses Recht wahrnehmen zu können, bedarf es der Angebote, die ihnen Wege aufzeigen, diese Rechte zu nutzen: Politische Bildung mit Kindern.

An der internationalen Bildungs- und Begegnungsarbeit der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein nehmen seit Ende der 2000er Jahre auch Mitglieder der israelischen und palästinensischen Schwesterorganisationen der SJD-Die Falken teil. Im Rahmen multilateraler Seminare besteht so die Möglichkeit, sich zu treffen und auszutauschen, was so in ihrer eigenen Region nicht immer möglich ist – aus verschiedenen Gründen. Die Jugendbildungsstätte schafft Begegnungsmöglichkeiten, die so vielleicht anderswo nie stattfinden können. Ein Beispiel dafür das folgende Gespräch, das im Rahmen der internationalen Winterschule 2012/2013 stattfand zwischen Jihad von der IYU aus dem Gazastreifen und Yair von Hashomer Hatzair Israel, der es anschließend protokollierte und in sozialen Medien veröffentlichte. Parallel zu unserem Seminar, wo sich die beiden Menschen begegneten, eskalierte wieder die Gewalt zwischen der Hamas und Israel mit Raketenbeschuss und militärischen Angriffen.

Mein Gespräch mit Jihad

Ich traf Jihad auf einem Seminar in Deutschland. In einer Namensrunde stellte sie sich als Jihad vor, was mich vollkommen verwirrte. Das wurde auch nicht besser, als sich die Frau nach ihr als Islam vorstellte. Während der ersten beiden Tage des Seminars sagte ich nicht mehr zu ihr als ein höfliches, aber zurückhaltendes „Hi“. Zwei Tage vor dem Ende des Seminars sagte ich mir selbst, dass ich so eine seltene Gelegenheit, mit jemandem aus Gaza selber zu reden, nicht verpassen will und darf. In einer der Pausen suchte ich das Gespräch mit ihr, trotz meines schlechten Englisch.

Yair: Hi, wie gefällt dir das Seminar?

Jihad: Ziemlich gut, bin nur ziemlich müde, aber sonst ist alles gut.

Y: War die Reise von Gaza nach Deutschland auch ermüdend?

J: Ja, und sie hat so lange gedauert. Erst nach Kairo, dann nach Istanbul und dann weiter nach Deutschland. Es hat so lange gedauert und dann ist auch noch unser Gepäck auf dem Flug verloren gegangen und erst heute hier angekommen.

Y: Was für eine Katastrophe! Ich bin auch ziemlich müde, aber meine Reise war kürzer.

J: Wie bist du hergekommen?

Y: Mit einem Flug aus Tel Aviv.

J: Großartig!

Y: Sag mal Jihad, wo wohnst du in Gaza?

J: In Rafah, dem südlichen Ende des Gazastreifens.

Y: Lebst deine gesamte Familie dort?

J: Zu meiner Familie gehören 2000 Menschen.

Y: 2000 Familienmitglieder? Und die leben alle in Rafah?

J: Nein. Die 2000 leben über den gesamten Gazastreifen verteilt. Einer meiner Brüder ist Ingenieur, der wohnt in den USA.



Y: Wow!

J: Und wo kommst du her?

Y: Ich arbeite in Ashdod, oder wie es auf Arabisch heißt Asdood.

J: (Mit einem verlegenen Lächeln und ihre Hände benutzend, um ihr Worte zu illustrieren) Ihr habt eine Menge Raketen abbekommen.

Y: Ja, schon eine ganze Menge. Aber (mit der gleichen Bewegung zu ihr) euch hat es härter und schlimmer getroffen, kann ich mir vorstellen.

J: Ja, auf jeden Fall! Es war sehr schwierig – du kannst es dir nicht vorstellen.

Y: Nein, das kann ich wirklich nicht. Bist du zum ersten Mal im Ausland?

J: Ja, ich bin zum ersten Mal raus aus dem Gazastreifen.

Y: War es sehr schwierig, den Gazastreifen zu verlassen?

J: Sehr, sehr schwer. Bis zum letzten Moment war es nicht klar, ob ich wirklich reisen kann.

Y: Und wie fühlt es sich an, im Ausland zu sein?

J: Toll! Super! Es ist toll, Menschen von so vielen verschiedenen Orten zu treffen.

Y: Ja, das stimmt, viele tolle Leute hier... Ich möchte dich was fragen – Gab es Einschläge in euer Haus?

J: Das Haus neben uns wurde zerstört.

Y: Gab es Verletzte oder Verwundete in deiner Familie?

J: Nein, glücklicherweise nicht!

Y: Das freut mich zu hören. Magst du Gaza?

J: Ja, sehr sogar, Gaza ist hübsch.

Y: Was magst du besonders an Gaza?

J: Die Menschen. Es ist ganz schön überfüllt, aber es gibt ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl. Wir unterstützen uns alle gegenseitig.

Y: Wenn ich mich nicht irre, ist Gaza eine der eng bevölkerten Gebiete der Welt. Muss ganz schön schwierig sein, in einem solchen überfüllten Ort zu leben.

J: Ja, das ist es, aber es ist auch sehr besonders. Es ist einmalig.

Y: Gibt es Elektrizität in Gaza?

J: Ja, aber die Elektrizität in Rafah kommt aus Ägypten und manchmal gibt es 10 Tage keinen Strom.

Y: Und Wasser? Gibt es immer Wasser?

J: Ja, aber die Qualität ist nicht besonders.



Y. Eine andere Frage? Wie ist es für dich, Israelis zu treffen? Ist es schwierig?

J. Ich bin sehr froh, dich zu treffen, ich finde das gut.

Y. Ich freu mich auch dich zu treffen. Ich treffe zum ersten Mal jemanden aus dem Gazastreifen. Aber wie denken die Menschen in Gaza. Die hassen sicherlich die Israelis, oder?

J. Ganz und gar nicht. Viele Menschen erinnern sich noch an die Zeit, als sie in Israel gearbeitet haben. Meine Eltern haben viele Freunde in Israel, die sie mögen.

Y. Weißt du, in den israelischen Medien hören wir die ganze Zeit, dass alle Bewohner von Gaza die Hamas unterstützen.

J. Das stimmt nicht. Viele Menschen machen die Hamas für die Toten im letzten Krieg verantwortlich.

Y. Redest du von denen, die durch die israelische Armee getötet wurden?

J. Ja, jede Aktion erzeugt ihre Gegenreaktion. Die Menschen in Gaza wissen, dass wenn die Hamas schießt, dass wir Menschen nur noch mehr leiden werden. Die Menschen sind des Tötens und des Krieges überdrüssig. Wir wollen einfach in Frieden leben. Die Menschen in Gaza werden die unterstützen, die ihnen ein besseres Leben bringen werden. Seitdem die Hamas regiert, gab es keine Verbesserungen, eher das Gegenteil. Das Leben ist nur noch schlechter geworden.

Y. Und was ist mit der Fatah? Was denken die Menschen über Mahmoud Abbas?

J. Lass es mich noch einmal sagen. Die Menschen in Gaza werden diejenigen unterstützen, die ihnen ein besseres Leben ermöglichen werden. Das Leben in Gaza ist sehr sehr hart. Das Hauptproblem ist, dass es keine Entwicklung gibt. Viele jungen Menschen sind arbeitslos, machen nichts.

Y. Glaubst du, dass die Menschen in Gaza sich eines Tages von der Hamaherrschaft befreien werden?

J. Ja, das da bin ich mir sehr sicher, dass das passieren wird.

Y. Wirklich? Bei uns in Israel hören wir die ganze Zeit, dass die Hamas in Gaza unangefochten ist.

J. Das stimmt – aber sie sind eine kleine Gruppe von Extremisten. Die meisten Menschen wollen eine Verein-

barung mit Israel und das Blutvergießen beenden.

Y. Respektieren die Menschen in Gaza die Existenz des Staates Israel? Wir hören die ganze Zeit, dass Hamas Israel von der Landkarte vernichten will und das ganze Land übernehmen will.

J. Die Mehrheit weiß, dass Israel ein Fakt ist, der sich nicht ändern will. Es ist eher so, dass Gaza und Palästina ohne Israel nicht existieren können. Wir sind eng miteinander verwoben. Israel ist stark und wird niemals verschwinden, genauso wenig die die Menschen im Gazastreifen nicht verschwinden werden. Daher liegt die einzige Lösung im Frieden.

Y. Weißt du, bei uns in Israel haben die meisten Menschen die Hoffnung verloren. Sie sagen, in den letzten 60 Jahren hat sich nichts zum Guten verändert, es ist alles immer nur schlechter geworden und nichts hat sich zum Besseren verändert. Aber ich glaube, dass sich Sachen zum Guten verändern können, aber es ist ein weiter Weg für alle Menschen in der Region und es wird noch sehr viel Schmerz geben, bis es sich zum Besseren wendet. Es dauert sicherlich noch 50 Jahre, denke ich.

J. Viel viel weniger. Es wird Frieden geben, da bin ich optimistisch. Ich bin sogar sehr optimistisch, da es keinen anderen Weg gibt.

Y. Wir sind leider nicht so optimistisch, es gibt so viel Hass gegen die andere Seite...

J. Ist schon OK. Es liegt an den Menschen, eine Alternative zu gestalten. Ich bin eine Grundschullehrerin. Ich unterrichte Vierjährige und bereite sie auf den Frieden vor. Ich erzähle ihnen Geschichten vom Frieden, so dass sie sich es vorstellen können und bereit dafür sind.

Y. Wow! Ich kann meinen Ohren kaum glauben...

J. Ich bin wirklich optimistisch. Es liegt an uns, die Veränderung zu gestalten. Du und ich müssen weitermachen, was wir bereits tun. Du wirst es sehen. Es wird gut werden. Es wird Frieden geben.

Das Gespräch mit Jihad hat mich sehr bewegt. Auch wenn sie ein eher rosarotes Bild als die Realität gezeichnet hat, sie erzählte mir die Wahrheit. Ihr Gesicht und ihre Stimme gaben mir Hoffnung, die mich genierte. Es war peinlich zu sehen, dass ich derjenige war, der kaum Hoffnung hatte. Ich, der frei leben kann, frei wählen kann, wo ich hingehen möchte, essen kann was ich möchte oder egal für welche Partei stimmen kann. Ich war hoffnungslos und Jihad, deren Alltag so hart ist unter der Herrschaft der religiösen Extremisten erzählt mir, dass sie optimistisch bleibt und erinnert mich daran, dass es unsere Aufgabe ist, sich für Veränderung einzusetzen. Jahre der Vorurteile und Gedanken, die aus Hoffnungslosigkeit, fehlender Kommunikation, Schmerz und Hass entsprangen, verschwanden durch ein 15-minütiges Gespräch im beiderseitigen Angesicht. Ich wusste immer, dass dort Menschen leben, aber zum ersten Mal fühlte ich auch so.

„Perspektive Bleiben“ - Bildungsangebote für Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung

Seit der verstärkten Zuwanderung im Sommer 2015 ist das Thema Flucht(ursachen) und Zusammenleben in Vielfalt ein intensiveres Thema in unserer Bildungsarbeit. Dazu schaffen wir Angebote, die sich gemeinsam an Jugendliche mit und ohne Fluchthintergrund richten und dabei einen Raum bieten, in dem es Jugendlichen mit den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen ermöglicht wird, sich mit Fragen des Zusammenlebens, Fragen ihrer Zukunftsvorstellungen, Fragen an ein Leben in Demokratie, Möglichkeiten der Mitbestimmung und Teilhabe und eigenen Engagement auseinanderzusetzen. In unserem Demokratie Leben-Modellprojekt „Es ist deine Kampagne“ von 2015-2019 führten wir mit Kindern und Jugendlichen Seminare zu verschiedenen Themen durch, thematisierten Flucht, Fluchtursachen, Migrationsgesellschaften, Vorurteilen, Stereotypen, Heimat etc. Diese Veranstaltungen wurden auch nach dem Ende des Modellprojektes fortgesetzt und im Jahr 2023 in einem ähnlichen Setting für Geflüchtete aus der Ukraine in dem Projekt „Perspektive Bleiben“ fokussiert.

Gerade 2015 im Rahmen des Beginns der verstärkten Zuwanderung ergab sich manchmal die Situation ÜBER Geflüchtete zu diskutieren, ohne, dass die Teilnehmenden Situationen bzw. Menschen in Situationen kannten oder eigene Erlebnisse zum Thema hatten. Zentral war und ist es für uns bis heute, Begegnungen und Austausch zu ermöglichen, um so Stereotypen entgegenzuwirken. Unser Anspruch einer diversitätsbewussten Bildungsarbeit, die sich entschieden gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen richtet, hat auch den Anspruch Begegnung zu schaffen, um selbst Urteil und Erkenntnis gewinnen zu können und Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung zu ermuti-

gen selbstgewählte Themen gemeinsam zu diskutieren. Dazu schufen wir das Begegnungsprojekt „Ich will was von der Welt“ für 12-17jährige Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung, um miteinander ins Gespräch zu kommen und Einblicke in Lebenswelten und Vorstellungen der Anderen zu erhalten. Beim achttägigen Begegnungs- und Bildungsprojekt, bei dem sich jeweils ca. 30 Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung kennenlernen und austauschen, haben circa 50% der Teilnehmenden selbst eigene Fluchterfahrungen. In der Ausschreibung der Maßnahme wurde bewusst nicht auf die unterschiedlichen Hintergründe der Teilnehmenden eingegangen, da wir eben keine Kategorisierung, keine Gruppenbildung „WIR“ und „DIE“ überhaupt aufkommen lassen wollten. Migration und Flucht ist Teil unserer gesellschaftlichen Realität. Somit erlebten die Jugendlichen, die sich untereinander vorher nicht kannten, erst durch das vertiefte Kennenlernen zu Beginn der Aktivität die Vielfalt der Hintergründe der anderen Teilnehmenden kennen. Dies trug dazu bei, dass die Jugendlichen ohne Fluchterfahrung unbefangener und oftmals offener auf die anderen Teilnehmenden zingingen, als wenn diese von vornherein als die „Flüchtlinge“ markiert worden wären. Dies ist umso wichtiger, da gleichzeitig auch sie nicht wollten, dass ihre privaten Hintergründe (z.B. Leben in Jugendhilfeeinrichtungen, Patchworkfamilie, sozio-ökonomische Hintergründe....) ungewollt verbreitet werden, oder ihnen mit stereotypen Vorbehalten begegnet wird. Mit diesem Ansatz haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht, es gab abgesehen von einem Fall nur positive Rückmeldungen von den Teilnehmenden und auch den Erziehungsberechtigten.



Unser didaktisches Setting bewirkt ein schnelles Zusammenfinden der Jugendlichen als Gruppe. Es ermöglicht den Jugendlichen einen intensiven Austausch über gesellschaftliche Fragestellungen und die jeweiligen Lebenswelten und -orientierungen. Dadurch erhalten die Teilnehmenden ein besseres Bild, was die anderen Jugendlichen bewegt und was ihnen wichtig ist. Durch dieses vertiefte Kennenlernen verstehen sie die*den Anderen besser, ihre Schwierigkeiten, Konflikte und auch Träume, erkennen gesellschaftliche Vielfalt mit ihren Herausforderungen, Hindernissen aber auch Bereicherungen und hinterfragen ihre eigenen Bilder, Stereotype und Haltungen, die sie bisher hatten und die ggf. für ihr Handeln bestimmend waren.

Es gilt, den teilnehmenden Jugendlichen eine schöne, erlebnisreiche und aktive Ferienwoche zu ermöglichen. Unser Konzept beinhaltet, dass alle die Woche mitgestalten, partizipative und demokratische Entscheidungsfindungen (er)leben und dadurch motiviert werden, sich selbstbestimmt mit gesellschaftlichen Fragestellungen zu beschäftigen und sich dazu auszutauschen und auch erleben was es heißt Entscheidungen zu treffen und diese selbstwirksam umzusetzen. Alle Teilnehmenden sollen die Möglichkeiten erhalten, ihre Interessen, Fähigkeiten und Wünsche einzubringen, aber auch auf die anderen Teilnehmenden einzugehen und diese wertzuschätzen. Die Zusammenführung der Jugendlichen, die sich nicht en bloc wahrnehmen, gelingt uns sehr gut, Lebensalltag und bisherige Lebenserfahrungen stoßen auf gegenseitiges Interesse. Sprachschwierigkeiten gibt es im Grunde keine, die Kommunikation erfolgt zumeist auf Deutsch, hilfsweise wird auf Englisch zurückgegriffen, anfangs arbeiteten wir noch mit unterstützenden Sprachmittler*innen, was später nicht mehr notwendig war.

Den Einstieg in das Ferienprojekt bilden gruppenbildende Einheiten in unterschiedlichen Zusammensetzungen, die auch dem gegenseitigen Kennenlernen dienen. Hierbei setzen wir viele Erlebnispädagogische Übungen ein, die wir im Laufe der Woche der Gruppendynamik anpassen. Übungen mit wenig Einsatz an Sprache sind zu Anfang wichtig. Zentral ist es für uns, Teamgeist zu fördern, Vertrauen aufzubauen, gemeinsames Erleben und Handeln zu fördern, den Umgang untereinander gemeinsam zu reflektieren etc.. Es finden zudem Workshops zu verschiedenen Themenfeldern statt, die die Jugendlichen frei wählen können, Einheiten zum Thema „Vielfalt“ und „Selbst aktiv gegen Diskriminierung und Ausgrenzung werden“. Hier sind eigene Erfahrungen Ausgangspunkt der Auseinandersetzung mit dem Thema, insbesondere der Austausch zwischen den Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung steht im Mittelpunkt. In diesen Workshops kommen Methoden der Menschenrechtsbildung und der diversitätsgerechten Bildungsarbeit zum Einsatz, diese unterstützen die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Es gibt unter den Teilnehmenden ein großes Interesse an der jeweiligen Lebensgeschichte und Lebensrealität des*der Anderen. Ergebnisse, gemeinsame Erlebnisse, erarbeitete Standpunkte, strittige Sichtweisen etc. dieser Workshops fließen dann in die sich anschließenden Medienwerkstätten ein. Hier erstellen die Jugendlichen mit unterschiedlichen Medien in Kleingruppen gemeinsam kleine Medienprodukte, wie Videos oder Comics, die zum Abschluss der Fahrt präsentiert werden.

Mit der Ferienwoche wollen wir erreichen, dass die Jugendlichen partizipative und demokratische Entscheidungsfindungen erleben und auch auf ihren Alltag beziehen. Das Projekt leistet damit auch einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe der jungen Leute. Das Recht auf Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft, in der die Jugendlichen leben, gilt für alle, auch wenn ihre gesellschaftlichen und politischen Mitwirkungsmöglichkeiten zahlreichen Einschränkungen unterliegen. Das gilt für Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung und es gilt, das als Forderung zusammen mit allen Jugendlichen zu bearbeiten.

Eine weitere Erkenntnis auch für weitere Aktivitäten ist, Angebote zu schaffen, die nicht die Unterschiedlichkeiten der „schon immer in Deutschland lebenden Jugendlichen,“ und der „Neu Dazugekommenen“ in den Vordergrund stellt. Es geht um eine Ferienaktivität, bei der sich Jugendliche mit Identitäten auseinandersetzen, sich begegnen, die nicht als Gruppen aufeinandertreffen, sondern als Individuen zusammenleben, mit Gemeinsamkeiten, Unterschiedlichkeiten, Konflikten untereinander, Zukunftsvorstellungen, Ideen, Wünschen etc. Dabei wird Flucht, Heimatverlassen zur Sprache kommen, da dies für mehrere Jugendliche zu ihrem einschneidendsten Erlebnis gehört. Wenn sie anderen davon erzählen wollen, dann ist der Rahmen dafür da, wollen sie sich dazu nicht äußern, so muss das respektiert werden.

Bei der Ausrichtung des Projekts war uns auch klar, dass wir als eine für junge Geflüchtete unbekannte Einrichtung mit unserem Angebot nicht wahrgenommen werden. Daher kooperierten wir eng mit einem Kooperationspartner aus dem Bereich der Jugendarbeit mit Geflüchteten, der unsere Arbeit kennt.

Während dieser acht-tägigen Veranstaltungen setzen sich die Jugendlichen mit ihren eigenen gesellschaftlichen Vorstellungen, Interessen, Chancen, Ängsten und Wünschen auseinander, kommen miteinander darüber ins Gespräch und erhalten Einblicke in die Lebenswelten der Anderen und erleben so gesellschaftliche Vielfalt mit den Erkenntnissen, dass alle Jugendlichen in ihrem Alter irgendwie auf der Suche nach Orientierung sind. Der Blick auf das bislang Prägende in ihren jungen Jahren ist spannend, der Blick in die Zukunft jedoch das Verbindende.





Impressum

Herausgeberin:
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein
Christine Reich
Freienwalder Allee 8 – 10
16356 Werneuchen / Werftpfuhl

Tel.: 033398 – 8999 – 11
Fax: 033398 – 8999 – 13
E-Mail: info@kurt-loewenstein.de
www.kurt-loewenstein.de

 [JBSKurtLoewenstein](https://www.facebook.com/JBSKurtLoewenstein)

 [jbs_kurtloewenstein](https://www.instagram.com/jbs_kurtloewenstein)

Auflage: 400 Stück
Layout: Danilo Schneider / Marc Rüdiger
Juni 2025

© Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein



www.kurt-loewenstein.de

